



# KOALITIONSVERTRAG

**zwischen**

Sozialdemokratischer Partei Deutschlands

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Linke offene Liste

für die Wahlperiode 2026 bis 2031

im Kreistag des Landkreises Groß-Gerau

# **Koalitionsvertrag**

zwischen

**Sozialdemokratischer Partei Deutschlands**

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Die Linke offene Liste**

im Kreistag des Landkreises Groß-Gerau

# Inhaltsverzeichnis

<b>Präambel .....</b>	<b>4</b>
<b>Klimakrise vor Ort bekämpfen .....</b>	<b>5</b>
<b>Ökologische Erzeugerregion und nachhaltige Lebensstile .....</b>	<b>6</b>
Stärkung der Erzeugerregion und Öko-Modell-Region .....	7
Nachhaltige Ernährung und Kantinen-Revolution .....	7
Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) .....	7
Tierschutz als kommunale Aufgabe .....	8
Vorbild: Nachhaltige Kreisverwaltung .....	9
Natur, Wasser und Wald: Lebensgrundlagen im Kreis Groß-Gerau sichern .....	9
Strategisches Wassermanagement und Grundwasserschutz .....	9
Waldschutz und nachhaltige Forstwirtschaft .....	9
Biodiversität und Naturschutz .....	10
Ressourcenmanagement und interkommunale Zusammenarbeit .....	10
<b>Solidarische und zukunftsfähige Haushaltspolitik .....</b>	<b>10</b>
Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit .....	11
Priorisierung von Investitionen (Klima & Bildung) .....	12
Soziale Garantien und Gesundheitsvorsorge .....	12
Einnahmenseite und nachhaltige Wirtschaftsförderung .....	12
<b>Bildungsgerechtigkeit und moderne Lernorte .....</b>	<b>12</b>
Offensive für Schulbau und Sanierung .....	13
Umsetzung des Ganztagsrechtsanspruchs ab 2026 .....	14
Inklusion und Gemeinsames Lernen .....	14
Digitalisierung und Medienkompetenz .....	14
Ausbildung, Weiterbildung, Perspektiven .....	15
<b>Bezahlbares Wohnen als Menschenrecht im Kreis Groß-Gerau .....</b>	<b>15</b>
Bezahlbarkeit und soziale Bindung sichern .....	15
Bestand nutzen – Leerstand vermeiden .....	16
Die „Zweite Miete“ begrenzen .....	16
Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern .....	16
<b>Kultur und Sport – Lebendige Gemeinschaft fördern .....</b>	<b>17</b>

Sport: Breitenförderung und moderne Infrastruktur.....	17
Kultur: Teilhabe und Vielfalt in der Fläche .....	17
Ehrenamt: Rückgrat unserer Gesellschaft .....	18
<b>Kreis Groß-Gerau – Sozial, solidarisch und familienfreundlich .....</b>	<b>18</b>
Grundsätze der sozialen Teilhabe und Armutsprävention .....	19
Familien, Kinder und Jugend .....	19
Frühkindliche Bildung und Betreuung: .....	19
Jugendliche endlich ernst nehmen .....	19
Jugendförderung und Teilhabe:.....	19
Inklusion leben .....	20
Schutz vor Gewalt .....	20
Beratung und soziale Sicherung .....	20
<b>Geflüchtete schützen und Integration gestalten.....</b>	<b>21</b>
<b>Gute Arbeit und sozialer Zusammenhalt im Kreis Groß-Gerau .....</b>	<b>22</b>
Transformation der Wirtschaft & Arbeitsplatzsicherung.....	22
Ausbildung und Perspektiven für die Jugend .....	23
Das Jobcenter als Partner: Unterstützung statt Sanktionen .....	23
<b>Soziale Teilhabe und Gerechtigkeit.....</b>	<b>24</b>
Bekämpfung von Armut .....	24
Geschlechtergerechtigkeit & Gender Pay Gap.....	24
Inklusion und Integration .....	24
<b>Älter werdende Gesellschaft.....</b>	<b>25</b>
<b>Gesundheit, Pflege und soziale Sicherheit.....</b>	<b>26</b>
Öffentliche Gesundheitsvorsorge stärken – Versorgung sichern.....	26
Pflege stärken – Menschen vor Rendite schützen .....	26
Psychische Gesundheit und Krisenversorgung ausbauen .....	27
Frauenrechte, Gewaltschutz und soziale Sicherheit stärken .....	27
Innovation, Prävention und soziale Gerechtigkeit verbinden .....	27
Sicherheit, Rettungswesen und gesellschaftliche Resilienz .....	27
<b>Riedwerke als Dienstleister im ÖPNV, in der Abfallwirtschaft, in Energiefragen sowie als Partnerin für die Ausbildung junger Menschen .....</b>	<b>28</b>
<b>Regionalpolitik.....</b>	<b>28</b>
<b>Mobilität stärken, Umweltbelastungen senken .....</b>	<b>29</b>
<b>Flughafen: Lärm- und Gesundheitsschutz.....</b>	<b>30</b>

<b>Wirtschaft im Wandel – Sozial, digital und nachhaltig</b> .....	<b>32</b>
Standortpolitik und Transformation .....	33
Gute Arbeit und Beschäftigung .....	33
Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt .....	33
Digitale Verwaltung und Souveränität .....	34
<b>Stärkung der Demokratie und des Demokratieverständnisses</b> .....	<b>34</b>
<b>Einheit in Vielfalt</b> .....	<b>35</b>
<b>Diversity</b> .....	<b>36</b>
<b>Integration und Anti-Diskriminierung</b> .....	<b>37</b>
<b>Kinder und Jugendliche</b> .....	<b>37</b>
<b>Frieden und internationale Solidarität</b> .....	<b>38</b>
<b>Fairtrade-Kreis</b> .....	<b>38</b>
<b>Grundregeln unserer Zusammenarbeit</b> .....	<b>39</b>
<b>Die Vertragspartner:innen</b> .....	<b>41</b>

# Präambel

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke offene Liste vereinbaren für die Zeit bis zur Kommunalwahl 2031 eine Koalition im Kreistag des Kreises Groß-Gerau.

## **Aus dem Koalitionsvertrag 2021:**

*„Der Kreis Groß-Gerau ist in vielerlei Hinsicht eine Vorbildregion. Ob städtische oder ländliche Strukturen, ob Modernität oder Tradition, ob wirtschaftliche Prosperität oder ökologische Vielfalt, ob internationale, europäische Ausrichtung oder regionale Verwurzelung – der Kreis lebt von seiner strukturellen wie auch von seiner menschlichen Vielfalt. Wir wollen daher für gleichwertige Lebensverhältnisse in sozialer, ökologischer und ökonomischer Hinsicht sorgen.“*

Dem Anspruch haben wir uns gestellt. Die Herausforderungen sind gewachsen: Ukrainekrieg, Energiekrise, Inflation und wirtschaftliche Rezession sind in den letzten Jahren dazugekommen. Die finanzielle Lage der Kommunen hat sich stark zum Negativen verändert.

Trotz dieser neuen Hürden hat die Koalition wesentliche Vorhaben auf den Weg gebracht.

Dazu gehört insbesondere der Erhalt und Ausbau sozialer Strukturen sowie eine gute Gesundheitsversorgung. Wohnen ist ein Menschenrecht. Der Kreis sichert Wohnraum und sorgt dafür, dass Wohnungen vermietet werden. Kultur ist gerade in gesellschaftlich schwierigen Zeiten ein Überlebensmittel für ein gutes Miteinander. Mit geringen finanziellen Mitteln und hohem Einsatz setzt der Kreis Akzente.

In Zeiten des massiven Klimawandels stellen wir uns den Herausforderungen, den Klimawandel zu begrenzen, unsere natürliche Umwelt zu erhalten, für eine ökologische Versorgung mit Wasser sowie Energie und für Klimaanpassungsmaßnahmen zu sorgen. Mit einem Hitzeaktionsplan unterstützen wir die Kommunen, genau wie bei kommunalen Antworten auf Hochwasser und Starkregen. Die Stärkung des öffentlichen Nahverkehrs sowie des Radverkehrs und die Sorge für mehr Grün statt Beton im Kreis sind dabei besonders wichtig.

Bildung ist unser Versprechen an die Zukunft – und wir haben im Kreis Groß-Gerau gezeigt, dass wir es nicht bei Ankündigungen belassen, sondern dieses Versprechen in Bauten, Glasfaser und pädagogische Konzepte umsetzen. Wir haben in Hessen die modernsten Schulen. Ganztägig findet bereits in guten pädagogischen Strukturen statt.

Demokratische Strukturen sind für ein gutes Zusammenleben unabdingbar. Wir wollen alle Menschen im Kreis einbeziehen und setzen uns für Gerechtigkeit und gegen Diskriminierung ein.

Der Koalition ist bewusst, dass nicht alle Vorhaben, die sich aus der gemeinsamen sozial-ökologischen Politikgrundlage der Koalitionspartner:innen ergeben, in der gleichen Geschwindigkeit und Intensität bearbeitet werden können. Vieles hängt von Rahmenbedingungen ab, die der Kreis und die Kreispolitik nicht selbst beeinflussen

können: rechtliche Grundlagen, finanzielle Fragen, Beteiligungsebenen, Personalsituation, aktuell sich vorschiebende Problemlagen und anderes mehr. Wir werden weiterhin Schwerpunkte setzen und den „Spielraum“, den Kommunalpolitik hat, erhalten und ausbauen. Wir werden kreative Lösungen suchen und finden, die in enger Kommunikation mit unmittelbar beteiligten gesellschaftlichen Gruppen und auch allen Einwohner:innen des Kreises angegangen werden. Wir haben 2021 gemeinsam Verantwortung übernommen – und wir haben geliefert. Die vereinbarten Ziele behalten wir im Blick. Gleichzeitig gehen wir unsere Herausforderungen weiter an: Klimaanpassung, soziale Sicherheit, moderne Mobilität und starke Bildung. Wir setzen auf Kontinuität, Verlässlichkeit und Weiterentwicklung – für einen Kreis, der ökologisch, sozial und zukunftsfähig bleibt.

## **Klimakrise vor Ort bekämpfen**

Hitzeperioden und ausbleibender Niederschlag waren bereits konkrete Erfahrungen, die die Bürger:innen des Kreises Groß-Gerau in den letzten Jahren als Folge des Klimawandels machen mussten.

Wir sehen es als Koalition als absolut prioritär und überlebenswichtig an, dass die Kommunen des Kreises den begonnenen Weg der Bearbeitung dieses Problems weitergehen. Die Unterstützung, die der Kreis hier in Grundlagenerarbeitung (Hitzemonitor) und Koordination (IKZ) geben kann und gibt, wird intensiv weitergeführt, um den Kommunen für die praktischen Entscheidungen vor Ort Beispiele, Kommunikationshilfen, Basis- und Spezialwissen etc. zu geben.

Wenn der Kreis unmittelbar selbst im Rahmen der Bebauungssituation in den Kommunen – hier vor allem im Bereich Schulneu- und -ausbau – tätig ist und wird, sind die Anlagen entsprechend zu entwickeln und beispielgebend zu gestalten. Dies gilt sowohl für die grundlegenden Faktoren der Bebauung (Solarpflicht, Wärmedämmung und -behandlung, CO<sub>2</sub>-Reduktion, Baumaterialien u. v. m.) als auch für eine Planung und Durchführung, die unmittelbar zur Klimaresilienz der jeweiligen Kommune beiträgt: Entsiegelung, Wasserhaltung, Kreislaufstrukturen, Beispielhotspots, Öffentlichkeitsarbeit, etc.

### ***Das haben wir erreicht:***

- Hitzeaktionsplan entwickelt und an Kommunen übergeben
- Klimawochen als Beteiligungs- und Bildungsformat installiert
- Windkraftausbau reaktiviert (Gutachten, LIDAR, kommunale Steuerung)
- Photovoltaik-Ausbau auf Kreisgebäuden
- Schwammstadt & Entsiegelung als Leitprinzip
- Hochwasserschutz & Deichpflege, Ausweisung von Überschwemmungsflächen und Pflege von Deichen
- Beratung & Förderung (PV, Sanierung, Energie)

### ***Das wollen wir weiter umsetzen:***

- Die Koalitionspartner:innen bekennen sich zu einer konsequenten Bekämpfung der Klimakrise auf kommunaler Ebene und entwickeln bestehende Maßnahmen strategisch weiter.
- Neben kurzfristig wirksamen Maßnahmen wird die Klimaanpassung als eigenständige Daueraufgabe verankert. Ein integriertes Klimaanpassungskonzept wird umgesetzt und finanziell abgesichert.
- Der bereits entwickelte Hitzeaktionsplan wird als Bestandteil der Klimaanpassung weiterentwickelt und um Frühwarnsysteme, Schutzkonzepte sowie weitere kühle Aufenthaltsorte ergänzt. Ein besonderer Fokus liegt auf dem Schutz vulnerabler Gruppen.
- Wir setzen die Empfehlungen des integrierten Klimaschutzteilkonzeptes des Kreises um. Durch intensive Zusammenarbeit mit den Kreiskommunen sollen diese in ihren Klimaschutzanstrengungen unbedingt unterstützt werden.
- Das Prinzip der „Schwammstadt“ wird als verbindliche Leitlinie für zukünftige Bau- und Sanierungsmaßnahmen etabliert, um den Folgen von Hitze, Dürre und Starkregen wirksam zu begegnen.
- Entsiegelung und Begrünung werden systematisch vorangetrieben. Öffentliche und private Flächen sollen gezielt ökologisch aufgewertet werden. Frischluftschneisen, Kaltluftzonen und Grünzüge werden dauerhaft gesichert.
- Der Schutz und die Förderung der Biodiversität werden als zentrale Aufgabe verankert. Öffentliche Flächen sollen naturnah bewirtschaftet und Lebensräume für Pflanzen und Tiere gezielt verbessert werden.
- Maßnahmen zur Renaturierung werden gestärkt. Insbesondere die Wiedervernässung von Mooren wird als Beitrag zum Klima-, Natur- und Wasserschutz geprüft und unterstützt.
- Der Ausbau erneuerbarer Energien wird deutlich beschleunigt. Die installierte Leistung soll von derzeit 213 MW bis zum Jahr 2030 auf mindestens 440 MW gesteigert werden.
- Der Ausbau erfolgt vorrangig durch Photovoltaik auf geeigneten Dachflächen öffentlicher und privater Gebäude. Ergänzend wird – abhängig von den Ergebnissen der laufenden LIDAR-Messungen – der Ausbau der Windenergie geprüft und gegebenenfalls vorangetrieben.
- Die kommunale Steuerung der Energiewende wird gestärkt. Beratungs- und Förderangebote für Bürger:innen sowie Unternehmen werden ausgebaut, um Teilhabe, Akzeptanz und Investitionen zu fördern.
- Bestehende erfolgreiche Formate wie „Solarkampagne“ und „Sanieren im Fokus“ werden weitergeführt.
- Ziel ist eine sozial gerechte und bezahlbare Energiewende, die regionale Wertschöpfung stärkt und langfristig zu einer Entlastung bei den Energiekosten beiträgt.

## **Ökologische Erzeugerregion und nachhaltige Lebensstile**

### **Das wurde bisher erreicht:**

- Erhalt von Acker- und Weideflächen für die Landwirtschaft und Förderung der ökologischen Landwirtschaft
- Bürgernahe Umweltbildung durch verständliche Erklärungen und Vertrauensbildung durch Zugänglichkeit der Technik

### **Das wollen wir weiter umsetzen:**

## **Stärkung der Erzeugerregion und Öko-Modell-Region**

Trotz des Wegfalls landesweiter Förderprogramme bekennen wir uns zur Öko-Modell-Region Südhessen. Wir wollen den Anteil regionaler und ökologisch produzierter Lebensmittel im Kreis signifikant erhöhen.

- **Vermarktungsstrukturen:** Wir unterstützen den Aufbau einer regionalen Vermarktungsplattform („Groß-Gerauer Korb“), um lokale Erzeuger direkt mit der Gastronomie und den Bürger:innen zu vernetzen.
- **Flächenschutz:** Landwirtschaftliche Vorrangflächen werden konsequent vor weiterer Versiegelung (z. B. durch Logistik oder unverhältnismäßigen Ausbau von Rechenzentren) geschützt.
- **Öko-Bonus:** Bei der Verpachtung kreiseigener landwirtschaftlicher Flächen werden ökologische Bewirtschaftungskriterien (Pestizidverzicht, Blühstreifen) als entscheidende Vergabekriterien festgeschrieben. Wir unterstützen unsere Erzeuger-Betriebe bei der Umstellung von konventioneller auf ökologische Bewirtschaftung.

## **Nachhaltige Ernährung und Kantinen-Revolution**

Die öffentliche Hand geht bei der Ernährung mit gutem Beispiel voran.

- **Bio-regionale Quote:** In allen kreiseigenen Kantinen und in der Schulverpflegung führen wir eine verbindliche Quote von mindestens 80 % für regionale und biologisch erzeugte Produkte ein.
- **Pflanzliche Alternativen:** Wir fördern nach den Qualitätskriterien der DGE ein attraktives Angebot an pflanzlicher Ernährung in öffentlichen Einrichtungen, um den ökologischen Fußabdruck der Gemeinschaftsverpflegung zu reduzieren.
- **Lebensmittelrettung:** Die Koalition verstetigt die Zusammenarbeit mit privaten, ehrenamtlichen Initiativen und den Tafeln, um die Verschwendung von Lebensmitteln im Kreisgebiet zu minimieren.

## **Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)**

Wir wollen das Bewusstsein für Nachhaltigkeit von klein auf fördern.

- **Kinder- und Jugendfarmen:** Wir errichten eine Kinder- und Jugendfarm im Kreis und fördern deren Ausbau zu außerschulischen Lernorten für ökologische Landwirtschaft und Tierschutz.
- **Schulgärten-Programm:** Der Kreis legt einen Fonds auf, um jede Schule bei der Anlage und Pflege eines Schulgartens zu unterstützen, in dem Kinder den Ursprung ihrer Lebensmittel praktisch erfahren.

- **Ernährungskompetenz:** In Kooperation mit der KVHS, den Landfrauen und weiteren Partner:innen fördern wir Kurse zur nachhaltigen Haushaltsführung und gesunden Ernährung für alle Altersgruppen.

## **Tierschutz als kommunale Aufgabe**

Tierwohl und Tierschutz sind ein wesentlicher Bestandteil unserer Politik im Kreis Groß-Gerau. Auch wenn der Kreis nicht durch intensive Massentierhaltung geprägt ist, sehen wir die Verantwortung, über die Auswirkungen moderner Tierhaltung zu informieren und das Bewusstsein der Verbraucher:innen zu stärken. Gleichzeitig wollen wir die bestehenden Handlungsspielräume konsequent nutzen, um den Schutz von Tieren konkret zu verbessern.

Ein funktionierender Tierschutz hängt wesentlich von einer handlungsfähigen Verwaltung ab. Die Kreisveterinärverwaltung übernimmt hier eine zentrale Rolle. Wir setzen uns dafür ein, ihre Arbeit strukturell zu stärken, damit Kontrollen und Beratung wirksam erfolgen können. Dazu gehört:

- Verbesserung der personellen Ausstattung
- Sicherstellung ausreichender Sachmittel
- Stärkung von Kontrollen und präventiver Beratung
- Einrichtung einer/eines ehrenamtlichen Kreistierschutzbeauftragten
- Enge Zusammenarbeit mit dem bestehenden Tierbeirat
- Vertrauliche Anlaufstelle für Hinweise auf Missstände
- Regelmäßiger öffentlicher Bericht zur Situation im Kreis

Tierschutz soll zudem als Querschnittsthema stärker in politische Entscheidungen eingebunden werden. Auswirkungen auf Tiere müssen künftig systematischer berücksichtigt und transparent gemacht werden. Ziel ist es, Tierschutz nicht nur punktuell, sondern strukturell mitzudenken.

Ein besonderer Fokus liegt auch auf der Unterstützung der Tierheime, die eine unverzichtbare Aufgabe im praktischen Tierschutz erfüllen. Ihre Arbeit soll verlässlicher abgesichert und – wo sinnvoll – interkommunal besser organisiert werden:

- Prüfung und Ausbau interkommunaler Zusammenarbeit (IKZ)
- Perspektivisch stabilere finanzielle Unterstützung
- Anerkennung als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge

Unser Leitbild ist klar: Tiere sind fühlende Lebewesen. Ihr Schutz und ihr Wohlergehen sollen bei politischen Entscheidungen im Kreis Groß-Gerau eine angemessene und erkennbare Rolle spielen. Deswegen werden wir die folgenden Punkte zur Umsetzung bringen:

- **Kreisweite Katzenschutzverordnung:** Wir erlassen eine kreisweite Katzenschutzverordnung, die die Kastration und Registrierung von Freigängerkatzen ermöglicht. Wir werden uns für eine konsequente Umsetzung starkmachen.

- Unterstützung der Tierheime: Wir garantieren eine auskömmliche Finanzierung der Fundtierpauschalen für die lokalen Tierheime, um deren wichtige Arbeit für den Kreis abzusichern.
- Artenschutz bei unseren Grundstücken: Die kreiseigenen Liegenschaften werden pestizidfrei bewirtschaftet und konsequent für den Artenschutz (Nistkästen, insektenfreundliche Beleuchtung) optimiert.

## Vorbild: Nachhaltige Kreisverwaltung

Die Kreisverwaltung wird zum Motor der Nachhaltigkeit.

- **Nachhaltige Beschaffung:** Wir sichern das verbindliche Beschaffungsmanagement, das regionale, ökologische und faire Kriterien (z.B. bei IT, Büromaterial und Dienstfahrzeugen) über den reinen Preis stellt.
- **Klimaneutrale Verwaltung:** Wir setzen den „Masterplan Klimaschutz“ um mit dem Ziel, die Kreisverwaltung bis 2030 bilanziell klimaneutral zu stellen.
- **Jobticket und Mobilität:** Wir fördern die nachhaltige Mobilität der Mitarbeitenden durch den Ausbau von E-Ladeinfrastruktur an Verwaltungsstandorten und attraktive Konditionen für den ÖPNV.

## Natur, Wasser und Wald:

### Lebensgrundlagen im Kreis Groß-Gerau sichern

Der Klimawandel stellt unseren Kreis vor existenzielle Herausforderungen. Um die biologische Vielfalt zu erhalten und die Wasserversorgung langfristig zu sichern, setzen wir auf eine enge Kooperation zwischen Politik, Fachwelt und den Bürgerinnen und Bürgern.

### Strategisches Wassermanagement und Grundwasserschutz

Wasser ist unser kostbarstes Gut. Wir bekennen uns zu einem sparsamen Umgang und dem Schutz der regionalen Reservoirs.

- **Schutz der Reservoirs:** Der Kreis Groß-Gerau ist ein zentrales Wasserreservoir der Rhein-Main-Region. Wir lehnen zusätzliche Grundwasserentnahmen für externe Gebietskörperschaften über das bisherige Maß hinaus konsequent ab.
- **Stabilisierung der Pegel:** Wir forcieren eine intensive Untersuchung des Grundwasserkörpers mit dem Ziel, die Grundwasserstände aktiv zu erhöhen und dauerhaft zu stabilisieren.
- **Monitoring & Qualität:** Die Überwachung der Wasserqualität (Grundwasser und Fließgewässer) wird ausgeweitet, um Belastungen durch Industrie-Altlasten und landwirtschaftliche Einträge frühzeitig zu identifizieren.
- **Vierte Reinigungsstufe:** Um den Eintrag von Spurenstoffen und Medikamentenrückständen zu stoppen, ist die Einführung der vierten Reinigungsstufe in kommunalen Kläranlagen angeraten.

### Waldschutz und nachhaltige Forstwirtschaft

Unsere Wälder sind massiv durch Wassermangel und Hitze gestresst. Wir leiten eine ökologische Neuausrichtung ein.

- **Plattform „Zukunft Wald“:** Der Kreis koordiniert eine neue Plattform unter Einbeziehung von Kommunen, HessenForst, Waldagenturen und Naturschutzverbänden, um Sofortmaßnahmen zur Walderhaltung umzusetzen.
- **Resiliente Aufforstung:** Wir fördern den Umbau zu Mischwäldern mit Baumarten, die auch unter veränderten klimatischen Bedingungen in 100 Jahren noch Bestand haben.

## **Biodiversität und Naturschutz**

Der Erhalt der Artenvielfalt ist eine Querschnittsaufgabe, die vom Außenbereich bis in die Ortskerne reicht.

- **Schutzgebiete erhalten:** Wir garantieren den uneingeschränkten Erhalt der Naturschutzgebiete und unterstützen den Landschaftspflegeverband bei der Sicherung wertvoller Kulturlandschaften (z.B. Streuobstwiesen, Sandtrockenrasen).
- **Natur erlebbar machen:** Naturschutz und Freizeitbedürfnisse werden in Balance gehalten. Die Vernetzung von Biotopen und Regionalparks wird ausgebaut und genießt Vorrang vor neuen Infrastrukturprojekten.
- Wir fördern Biodiversität in Gärten und öffentlichen Grünanlagen.
- **Anreizprogramme:** Umgestaltung von „Schottergärten“ sowie Fassaden- und Dachbegrünungen werden gezielt unterstützt.
- **Bauordnung:** Der Arten- und Naturschutz soll in den kommunalen Bauordnungen verbindlich verankert werden.

## **Ressourcenmanagement und interkommunale Zusammenarbeit**

Wir setzen auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Rohstoffen und eine Vorbildfunktion der öffentlichen Hand.

- **Kiesabbau:** Eine Ausweisung neuer Kiesabbauflächen gegen den Willen der betroffenen Kommunen lehnen wir ab. Bei einvernehmlichem Abbau müssen Verkehrsbelastungen minimiert und Nachnutzungskonzepte sowie Trinkwasserschutz vorab geklärt sein. Baustoff-Recycling muss gestärkt und ausgebaut werden.
- **Naturdenkmäler:** Gemeinsam mit den Kommunen beleben wir die Ausweisung von Naturdenkmälern und binden diese in das Angebot des Regionalparks Rhein-Main und des Geoparks ein.

## **Solidarische und zukunftsfähige Haushaltspolitik**

### ***Das wurde bisher erreicht:***

Der Kreis Groß-Gerau erlebte als einer der Ersten, wie sich die Finanzmisere auf die Kommunen auswirkt. Kommunen müssen 28,4 % der Ausgaben schultern, erhalten aber nur 15,5 % der Einnahmen. Im Unterschied zu anderen klagen wir nicht über die vielen Aufgaben, z. B. für die frühkindliche und eine gute schulische Bildung, sondern fordern den finanziellen Ausgleich von Bund und Land. Ein gerechter Ausgleich und die Erhöhung der Steuereinnahmen durch die Besteuerung von Vermögen würden es ermöglichen, den Menschen vor Ort die Daseinsvorsorge zu garantieren.

Trotz dieser Widrigkeiten haben wir es geschafft, die Kreisumlage bis 2025 nicht zu erhöhen, und mussten dies erst auf Anweisung des Regierungspräsidiums tun. Lange Zeit konnten ausgeglichene Haushalte verabschiedet werden. Um eine gute Schulinfrastruktur für immer mehr Kinder zu schaffen, wurde im sonstigen Kreishaushalt gespart, bis es nicht mehr vertretbar war. Mit den Umlagen werden Aufgaben für die Kreiskommunen erledigt.

Gemeinden, Städte und Kreise sind in Hessen sehr unterschiedlich aufgestellt; der kommunale Finanzausgleich schafft trotz seines Namens keinen Ausgleich. Ein Punkt der Kreis- und der Schulumlage ist im Kreis Groß-Gerau deutlich weniger wert als in anderen Landkreisen. Dazu kommt eine höhere und erheblich gestiegene Belastung durch Sozialausgaben.

Trotzdem hat der Kreis Groß-Gerau seine Haushalte gut im Griff. Das Lob und der Dank dafür gelten auf jeden Fall der Verwaltung, die kreativ und engagiert einen hohen Einsatz erbringt.

Es hilft nicht, wenn Städte, Gemeinden und der Kreis gegeneinander kämpfen; es hilft nur, der Bundes- und Landesregierung klarzumachen und dafür entsprechenden Druck zu entwickeln, dass die Finanzierung der Kommunen auch ihren Aufgaben entspricht.

#### ***Das wollen wir weiter umsetzen:***

Angesichts einer angespannten konjunkturellen Lage und unzureichender Zuweisungen durch das Land Hessen bekennen sich die Koalitionspartner:innen zu einer verantwortungsvollen Finanzpolitik. Wir leiten den Kreis Groß-Gerau sicher durch die Haushaltskonsolidierung, ohne dabei den sozialen Zusammenhalt oder die notwendigen Investitionen in den Klimaschutz und die Bildungsinfrastruktur preiszugeben.

### **Sicherung der kommunalen Handlungsfähigkeit**

- **Kreisumlage:** Wir streben eine Stabilisierung der Kreisumlage an, um die finanzielle Autonomie unserer Städte und Gemeinden zu schützen. Unser Wunsch ist es, langfristig die Umlagehebesätze zur Entlastung der Städte und Gemeinden zu senken. Um das zu erreichen, ist aber eine Reform der Kommunalfinanzierung notwendig.
- **Interkommunale Zusammenarbeit:** Zur Entlastung der Haushalte werden wir die interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) in der Verwaltung sowie bei den Eigenbetrieben konsequent ausbauen, um Synergien zu nutzen und Verwaltungskosten zu senken.
- **Forderungen an Land und Bund:** Die Koalition wird sich gegenüber der hessischen Landesregierung und der neuen Bundesregierung für eine aufgabengerechte Finanzausstattung einsetzen.

Insbesondere fordern wir eine vollständige Kostenerstattung für die Unterbringung und Integration von Geflüchteten sowie für die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung. Grundsätzlich sind wir bereit, dafür auch juristische Schritte zu gehen.

## Priorisierung von Investitionen (Klima & Bildung)

Trotz notwendiger Sparanstrengungen definieren wir klare Investitionsschwerpunkte:

- **Klima-Resilienz:** Mittel aus dem Bundes-Sondervermögen Infrastruktur (anteilig ca. 132 Mio. Euro für den Kreis und seine Städte und Gemeinden) fließen vorrangig in die energetische Sanierung der Kreisschulen und das Regenwassermanagement (Schwammkreis-Konzept).
- **Digitale Dividende:** Wir investieren gezielt in die Digitalisierung der Verwaltung, um durch effizientere Prozesse langfristige Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich zu erzielen.

## Soziale Garantien und Gesundheitsvorsorge

- **Defizitausgleich Kreisklinik:** Die Koalition garantiert die Übernahme des betriebsnotwendigen Defizits der Kreisklinik Groß-Gerau, sieht aber zugleich in der Stabilisierung und mittelfristigen Senkung dieses Defizits eine wichtige Aufgabe der Geschäftsführung der Klinik. Eine Privatisierung oder Schließung wesentlicher Abteilungen wird ausgeschlossen, da die Gesundheitsversorgung Teil der Daseinsvorsorge ist.
- **Erhalt sozialer Standards:** Kürzungen bei freiwilligen Leistungen im Bereich Jugendhilfe, kommunale Sozialarbeit, Kultur und Integration werden wir durch die Umschichtung von Mitteln und die Akquise von Drittmitteln (Förderprogramme) vermeiden.

## Einnahmenseite und nachhaltige Wirtschaftsförderung

- **Rechenzentren-Strategie:** Wir nutzen das Potenzial der Ansiedlung von Rechenzentren zur Stärkung der Gewerbesteuerbasis. Dabei achten wir auf eine faire Verteilung der Lasten und Erträge zwischen dem Kreis und den Standortkommunen. Die Ansiedlung erfolgt strikt nach den regionalen Leitlinien (Abwärme-Nutzung, erneuerbare Energie, Gestaltungsvorgaben).
- **Zukunftsinvestitionsfonds:** Wir prüfen die Einrichtung eines regionalen Fonds, um ökologisch wertvolle Gewerbeansiedlungen gezielt zu fördern.

## Bildungsgerechtigkeit und moderne Lernorte

### ***Das wurde bisher erreicht:***

Bildung ist unser Versprechen an die Zukunft – und wir haben im Kreis Groß-Gerau gezeigt, dass wir es nicht bei Ankündigungen belassen, sondern dieses Versprechen in Bauten, Glasfaser und pädagogische Konzepte umsetzen.

Wir haben in den letzten Jahren die modernsten Schulen in Hessen geschaffen, z. B. mit Grundschulen in Raunheim, Nauheim, Ginsheim-Gustavsburg sowie einem Mittelstufengymnasium in der Mainspitze und einer Förderschule in Trebur.

Mit der Gründung einer Anstalt öffentlichen Rechts für den Ganzttag haben wir die Voraussetzungen für die Versorgung mit Ganztagsplätzen in den Kommunen geschaffen. Damit wird der gesetzliche Anspruch realisiert und der Ganzttag künftig aus einem Guss organisiert. Ganztägige Schule braucht gute Versorgung und nahrhaftes

Schulessen. Wir unterstützen unsere Schulen bei einem nachhaltigen Angebot mit dem Ziel, 80 % Bio-Essen in der Schule zu verköstigen.

In die beruflichen Schulen in Groß-Gerau investieren wir gezielt. Dort schaffen wir moderne Ausbildungsbedingungen, die junge Menschen auf die Anforderungen von morgen vorbereiten. Mit Neubauten, Werkstattmodernisierungen und digitaler Ausstattung haben wir die Grundlagen gelegt, damit Ausbildung im Kreis nicht nur Theorie bleibt, sondern Praxis auf höchstem Niveau.

Mit Projekten wie dem Mangold der AVM gGmbH an der Georg-Mangold-Schule in Bischofsheim gehen wir neue Wege: eine moderne Mensa, ein Ausbildungsrestaurant, praxisnahe Lernangebote – eine direkte Verbindung von Schule, Ausbildung und beruflicher Zukunft.

Wo das möglich ist, können Schulgärten geschaffen werden.

Die Kreisvolkshochschule ermöglicht einkommensunabhängig den Zugang zu Weiterbildung und baut ihre digitalen Angebote aus.

Das wollen wir weiter umsetzen:

Bildung ist die Grundlage für Chancengleichheit und gesellschaftliche Teilhabe. Der Kreis Groß-Gerau steht vor der Herausforderung, wachsende Schüler:innenzahlen mit den Anforderungen an moderne, inklusive und klimagerechte Schulgebäude zu vereinbaren. Wir begreifen Investitionen in Bildung nicht als Kostenfaktor, sondern als Vorsorge für die Zukunft.

## Offensive für Schulbau und Sanierung

Angesichts des prognostizierten Bedarfs setzen wir das Schulbau-Investitionsprogramm konsequent fort.

- **Neubau und Erweiterung:** Wir priorisieren den bedarfsgerechten Ausbau von Kapazitäten an Grund- und weiterführenden Schulen, insbesondere in den Zuzugsgebieten.
- **Klimagerechte Schulen:** Sanierungen erfolgen nach dem Standard „Klimaschule“. Wir forcieren die Entsiegelung von Schulhöfen und installieren Photovoltaikanlagen auf allen kreiseigenen Schuldächern. Wir behalten den Passivhaus-Standard bei und nutzen die Möglichkeiten des Cradle to Cradle sowie Urban Mining.
- **Gute Lernumgebung:** Wir investieren in moderne Belüftungssysteme und baulichen Hitzeschutz, um ein lernförderliches Raumklima auch in den zunehmenden Hitzeperioden zu gewährleisten. Wir streben die Rekommunalisierung der Schulreinigung ab dem Schuljahr 2027/2028 an.
- **Berufschulzentrum transformieren:** Am Standort Groß-Gerau setzen wir uns für den Um- und Ausbau des Berufschulzentrums für eine schulische Ausbildung in modernen Ausbildungsberufen ein und prüfen die Entwicklung eines Ausbildungscampus nach dem Vorbild des Main-Kinzig-Kreises.
- **Oberstufe im Südkreis:** Wir wollen weiter Schulstandorte mit integriertem Bildungsangebot stärken. Daher setzen wir uns für den Ausbau der Oberstufe am Standort der Martin-Niemöller-Schule ein.

## Umsetzung des Ganztagsrechtsanspruchs ab 2026

Ab dem Schuljahr 2026/27 setzen wir den gesetzlichen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Erstklässler:innen schrittweise um. Wir verstehen Ganztagschule aber als altersgemäß rhythmisiertes kostenfreies Bildungsangebot mit verbindlicher ganztägiger Beschulung.

- **Qualitative Standards:** Ganztags bedeutet für uns mehr als reine Betreuung. Wir streben hochwertige pädagogische Angebote an, die in enger Kooperation mit lokalen Vereinen und Kulturträger:innen gestaltet werden.
- **Infrastruktur für Mensen:** Wir stellen sicher, dass jede Schule über die notwendigen Mensakapazitäten für eine gesunde, regionale und kostengünstige Mittagsverpflegung verfügt.
- **Soziale Staffelung:** Wir setzen uns für sozial gerechte Elternbeiträge bei der Ganztagsbetreuung und Mittagsverpflegung ein, um sicherzustellen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen vom gemeinsamen Essen ausgeschlossen wird.
- **Sprachbildung als Grundlage für Chancengleichheit:** Sprache ist der Schlüssel zu Bildung und gesellschaftlicher Teilhabe. Wir fördern die frühzeitige Überprüfung der Sprachkompetenz, um Förderbedarfe möglichst früh zu erkennen, und setzen uns aktiv für eine hervorragende Sprachbildung an allen Schulstandorten ein. Gleichzeitig verstehen wir Mehrsprachigkeit als Ressource. Wir wollen, dass der Kreis Modellregion für Herkunftssprachförderung wird. Damit würdigen wir die sprachliche Vielfalt der Menschen im Kreis und stärken die Bildungschancen aller Kinder.

## Inklusion und Gemeinsames Lernen

Für uns ist Inklusion ein Menschenrecht!

- **Stärkung der IGS:** Wir bekennen uns zur Schulform der Integrierten Gesamtschule (IGS) als bevorzugte Schulform und als Motor für Bildungsgerechtigkeit und wehren uns gegen personelle Kürzungen durch das Land.
- **Inklusive Beschulung:** Der Kreis stellt die notwendige sächliche Ausstattung für den inklusiven Unterricht bereit. Wir fördern barrierefreie Umbauten an allen Schulstandorten.
- **Schulsozialarbeit:** Wir verstetigen und erweitern die Schulsozialarbeit an allen Schulformen, um Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen frühzeitig zu unterstützen.
- **Teilhabe-Assistenz:** Wir brauchen eine qualitativ hochwertige Teilhabe-Assistenz, die sich an den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen sowie der jeweiligen Schulen orientiert. Zur Sicherstellung der qualifizierten Fachkräfte muss eine faire Vergütung erfolgen. Die Träger:innen sind mit Unterstützung des Kreises zur Qualifizierung der Fachkräfte verpflichtet.

## Digitalisierung und Medienkompetenz

- **Hardware und Support:** Wir führen die Ausstattung mit digitalen Endgeräten fort und stellen einen professionellen, zentralen IT-Support für alle Schulen sicher, um die Lehrkräfte von administrativen Aufgaben zu entlasten.

- **Medienpädagogik:** Wir unterstützen die Schulen bei der Umsetzung ihrer Medienbildungskonzepte, um Schüler:innen zu einem kritischen und kompetenten Umgang mit digitalen Medien zu befähigen.

## **Ausbildung, Weiterbildung, Perspektiven**

- **Kein Kind zurücklassen:** Kein Kind darf die Schule ohne Abschluss verlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass Schüler:innen, die einen Abschluss verpassen könnten, frühzeitig erkannt und gezielt unterstützt werden – durch individuelle Förderung, Begleitung und passgenaue Angebote.
- **Berufliche und akademische Bildung gleichwertig fördern:** Wir setzen uns für die Gleichwertigkeit von beruflicher, dualer und akademischer Bildung ein. Vielfalt in der Bildungsbiografie ist für uns Stärke. Deswegen fördern wir Formate und Initiativen, die beide Wege sichtbar machen und stärken.
- **Vielfalt der Ausbildung stärken:** Wir wollen die Vielfalt der Aus- und Weiterbildung im Kreis erhalten. Wir begrüßen daher die Eröffnung des Gästehauses der Gerüstbauer am Standort der beruflichen Schule Groß-Gerau.

# **Bezahlbares Wohnen als Menschenrecht im Kreis Groß-Gerau**

### ***Das haben wir schon erreicht:***

- Mit dem Wohnraum-Monitorbericht 2021 haben wir den Kommunen Hilfestellung gegeben, für mehr bezahlbare Wohnungen zu sorgen.
- Die neu geschaffene Wohnungssicherungsstelle sichert jedes Jahr 50–60 Familien ihren Wohnraum.
- Mit dem Projekt „Vitamin B“ sorgen wir dafür, dass Wohnungen wieder oder neu vermietet werden.

### ***Das sind unsere Ziele für die neue Wahlperiode:***

Die Mieten und Nebenkosten im Kreis Groß-Gerau haben ein Niveau erreicht, das viele Haushalte – auch aus der Mitte der Gesellschaft – finanziell überfordert. Wohnen darf kein Spekulationsobjekt sein. Wir setzen uns daher für eine radikale Kehrtwende in der Wohnungspolitik ein.

## **Bezahlbarkeit und soziale Bindung sichern**

Wir streben an, dass im Kreis jährlich 1.000 Sozialwohnungen entstehen. Um dies zu erreichen, empfehlen wir den Kommunen, bei allen Neuplanungen eine Quote von mindestens 40 % für geförderten Wohnraum festzuschreiben.

Wir unterstützen Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften, die die Sozialbindung von Wohnungen dauerhaft sichern, und setzen uns auf Landes- und Bundesebene dafür ein, dass Wohnungen nicht mehr aus der Bindung fallen.

Wir wollen sozial gemischte Wohngebiete schaffen, in denen sich alle Wohnen leisten können. Zur Umsetzung dieser Ziele werden wir gemeinsam mit den Kommunen ein IKZ-

Projekt entwickeln sowie die Gründung einer kreiseigenen Wohnungsbaugesellschaft prüfen und vorantreiben. Dabei muss die Barrierefreiheit eine wichtige Rolle spielen.

Der Wohnraummonitorbericht wird neu aufgelegt.

Die Fehlbelegungsabgabe soll von Kommunen genutzt werden, um neue Sozialwohnungen zu schaffen oder Belegungsrechte anzukaufen.

## **Bestand nutzen – Leerstand vermeiden**

Innenentwicklung hat Vorrang. Wir unterstützen Kommunen dabei, ungenutzte Gewerbeimmobilien und Leerstände zu identifizieren und deren Umwandlung beziehungsweise Nutzung als Wohnraum (auch für Studierende oder Auszubildende) voranzutreiben.

Der Kreis unterstützt gemeinsam mit den Kommunen und Wohnungsbaugesellschaften eine Wohnungstausch- und Untervermietungsberatung, die insbesondere älteren Menschen den Wechsel in bedarfsgerechte Wohnformen erleichtert und so Raum für Familien freimacht.

Dafür wird das Projekt „Vitamin B“ ausgeweitet und die Möglichkeit geschaffen, die Neue Wohnraumhilfe oder kommunale Einrichtungen als Zwischenmieter:innen einzuschalten (Viernheimer Modell).

Neben dem kommunalen Bau fördern wir aktiv gemeinschaftliche und generationenübergreifende Wohnprojekte, Mietshäusersyndikate und Genossenschaften. Diese bieten Schutz vor Mieterhöhungen und stärken die Nachbarschaft. Der Kreis wird hierfür Beratungsstrukturen schaffen und bei der Grundstücksvergabe (Konzeptvergabe) unterstützen.

## **Die „Zweite Miete“ begrenzen**

Um die Belastung durch Energiekosten zu senken, streben wir mit den regionalen Energieversorgern Vereinbarungen über sozial-ökologische Tarife an.

Zudem unterstützen wir Menschen mit niedrigem Einkommen durch eine verstärkte Energieberatung und Zuschüsse beim Tausch von Altgeräten.

Wir setzen uns gegenüber Land und Bund für eine Finanzausstattung der Kommunen ein, die eine Senkung beziehungsweise Stabilisierung der Grundsteuer ermöglicht.

## **Wohnungs- und Obdachlosigkeit verhindern**

Die Wohnungssicherungsstelle wird erhalten und bei Bedarf ausgebaut.

Wichtig sind die Darlehen der Grundsicherungsträger, die eine Weiterführung des Mietverhältnisses ermöglichen. Diese sind sicherzustellen.

Das „Housing First“-Programm soll im Kreis verstetigt und mit anderen Wohnungsbaugesellschaften vereinbart werden.

Genauso gilt es, Gesellschaften und Genossenschaften für Wohnen nach dem Frauenhaus oder andere Wohnformen zu gewinnen.

Die niedrighschwellige Hilfe für Menschen, die wohnungs- oder obdachlos sind, muss ausgebaut werden.

## Kultur und Sport – Lebendige Gemeinschaft fördern

### ***Das wurde bisher erreicht:***

Der berühmteste Sohn des Kreises Groß-Gerau, Georg Büchner, gibt uns noch heute viele Impulse für unser Denken und die Demokratie. Deshalb ist es notwendig, den Verein „Büchner findet statt“ vielfältig zu unterstützen. Kultur schafft Begegnungsräume, daher freuen wir uns, dass „Volk im Schloss“ wieder stattfinden kann.

### ***Das wollen wir weiter umsetzen:***

Kultur und Sport sind das Fundament unseres sozialen Zusammenhalts. Sie sind kein Luxus, sondern Teil der grundlegenden Daseinsvorsorge. Wir bekennen uns zu einem vielfältigen, inklusiven und für alle zugänglichen Angebot, das Identität stiftet und Lebensqualität im Kreis Groß-Gerau sichert.

### **Sport: Breitenförderung und moderne Infrastruktur**

- **Vereinsförderung:** Die kostenfreie Nutzung kreiseigener Sporthallen für den Trainings- und Wettkampfbetrieb von Vereinen bleibt unangetastet.
- **Sportstätten-Offensive:** Wir legen ein mehrjähriges Programm zur Sanierung und Modernisierung der Sportinfrastruktur auf, unter besonderer Berücksichtigung energetischer Standards (z. B. Photovoltaik auf Dächern, LED-Flutlicht).
- **Inklusion im Sport:** Wir unterstützen Projekte, die Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete und sozial benachteiligte Gruppen aktiv in den Vereinssport einbinden.
- **Schwimmbäder:** Zur Sicherstellung des Angebots für den Schulsport setzen wir uns für ein weiteres Hallenbad im Südkreis ein.

### **Kultur: Teilhabe und Vielfalt in der Fläche**

- **Kultur-Garantie:** Wir erhalten und stärken die tragenden Säulen: Musikschulen, Volkshochschulen und Bibliotheken. Sie sind unsere wichtigen Akteur:innen für lebenslanges Lernen und kulturelle Bildung.
- **Soziale Teilhabe („Kulturpass“):** Wir führen ein kreisweites Modell für ermäßigte oder kostenfreie Zugänge zu kulturellen Veranstaltungen für Geringverdienende, Rentner:innen und Studierende ein. Kultur muss unabhängig vom Geldbeutel erlebbar sein.
- **Soziokultur und freie Szene:** Wir fördern soziokulturelle Zentren und die freie Kulturszene stärker als bisher. Wir setzen uns für die Schaffung von „Dritten Orten“ ein – Räume für Begegnung, Kreativität und Experimente, die über das klassische Museum hinausgehen.

- **Kultur in der Fläche:** Wir fördern eine dezentrale Kulturarbeit, damit auch Menschen in kleineren Kommunen von hochwertigen Angeboten profitieren. Die Unterstützung von Kultur-Tandems (Vereine & Profis) ist hierbei unser Instrument.

## **Ehrenamt: Rückgrat unserer Gesellschaft**

Wir im Kreis Groß-Gerau brauchen ehrenamtliches Engagement. Das Ehrenamt nimmt für uns eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft ein. Zivilgesellschaftliches Engagement stärkt unsere Demokratie und sollte angemessene Anerkennung finden. Hier fordern wir weitere attraktive Anreize, die es Menschen ermöglichen, ehrenamtliche Tätigkeiten wahrzunehmen. Das Ehrenamt darf dabei nicht zum Ausgleich von Defiziten im Hauptamt missbraucht werden.

- **Servicestelle Ehrenamt:** Die Kreisverwaltung baut die Beratung für Vereine (Recht, Finanzen, Fördermittel) weiter aus. Wir wollen Bürokratie abbauen, indem wir Genehmigungsverfahren für Vereinsfeste und Kulturveranstaltungen vereinfachen. Die Ehrenamts-Karte wollen wir mit mehr Leben füllen.
- **Vereinsarbeit:** Wir unterstützen Vereinsarbeit durch Schulungen und Informationsveranstaltungen.
- **Digitalisierung:** Wir unterstützen Sport- und Kulturvereine finanziell und beratend bei der Einführung digitaler Lösungen (Mitgliederverwaltung, digitale Archive, moderne Öffentlichkeitsarbeit).
- **Schloss Dornberg:** Wir entwickeln das Dornberger Schloss konsequent zu einem zentralen und regional bekannten Veranstaltungsort für Sport- und Kulturformate weiter. Die technische Infrastruktur wird zielgerichtet ausgebaut.

## **Kreis Groß-Gerau – Sozial, solidarisch und familienfreundlich**

### ***Das haben wir schon erreicht: Familien und soziale Strukturen gestärkt:***

- Beispielhafte Verträge mit Pflegepersonen in der Kindertagespflege, Plätze gesichert für die Erfüllung des Anspruchs auf Betreuung
- Ausbildungsplätze für Erzieher:innen ausgebaut, praxisorientierte vergütete Ausbildung auch in der Kreisverwaltung
- Kita-Entwicklungsplan und Errichtung eines Kreiselternbeirats Kita, Unterstützung des Konzepts kinderfreundliche Kommune
- Beratung zu sexuell übertragbaren Krankheiten sowie Gewalt im Namen der Ehre
- Errichtung des zweiten Frauenhauses, Verhütungsmittelfonds und Menstruationsprodukte in den Schulen
- Kommunale soziale Arbeit wird überall geschätzt und vom Kreis finanziert
- Gemeinsam mit den Kommunen und den Träger:innen sozialer Beratung wird regelmäßig um den Erhalt des sozialen Beratungsnetzes gerungen

### ***Das sind unsere Ziele für die neue Wahlperiode:***

## **Grundsätze der sozialen Teilhabe und Armutsprävention**

Unser Ziel ist ein Kreis, in dem alle Menschen selbstbestimmt leben und gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Wir stellen uns aktiv gegen soziale Spaltung und Ausgrenzung.

- **Armutsbekämpfung:** Ein besonderer Fokus liegt auf der Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut, insbesondere bei Frauen/FLINTA\*-Personen.
- **Infrastruktur für Teilhabe:** Wir schaffen eine soziale Infrastruktur, die über das reine Abfedern von Notlagen hinausgeht. Bestehende Netzwerke institutioneller und freier Träger:innen werden erhalten und ausgebaut.
- **Inklusion und Barrierefreiheit:** Alle inhaltlichen und infrastrukturellen Angebote im Kreis sowie der öffentliche Raum und die politische Mitbestimmung müssen inklusiv und barrierefrei gestaltet sein, sodass ein selbstbestimmtes Leben möglich ist.
- Die Koalition bekennt sich zum Aufbau und Erhalt verlässlicher, humaner, sozialer Strukturen und kultureller Netzwerke, zur Sicherung und Befähigung zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, zum Grundsatz „Hilfe zur Selbsthilfe“ und Selbstbestimmung sowie zum Ausbau sozialer Leistungen – auch in Bezug auf deren Qualität.

## **Familien, Kinder und Jugend**

Wir verstehen die Unterstützung von Familien als zentrale Aufgabe und setzen uns für den Schutz und die Förderung von Kindern und Jugendlichen ein. Für den Kreis sind die Rechte von Kindern und Jugendlichen handlungsleitend.

### **Frühkindliche Bildung und Betreuung:**

- Ausbau hochwertiger, personell gut ausgestatteter Ganztagsplätze und Betreuungsangebote vorwiegend bei öffentlichen und gemeinnützigen Träger:innen von 7 bis 17 Uhr
- Der Kreis fördert Tageseltern und Netzwerke für eine Versorgung mit mehr Angeboten der frühkindlichen Bildung gerade in Randzeiten
- Die praxisorientierte vergütete Ausbildung soll stärker beworben werden. Dazu arbeitet der Kreis mit der Werner-Heisenberg-Schule zusammen.
- Das Land ist gefordert, die Kommunen bei der frühkindlichen Bildung wie beim Ganztags zu entlasten. Die Beitragsfreiheit für Kinder unter drei Jahren und die Ganztagsbetreuung sollen durch Unterstützung von Land und Bund ermöglicht werden.
- Ausbau der „Frühen Hilfen“, um mittelfristig allen Eltern nach der Geburt eines Kindes Beratung und Unterstützung anzubieten

## **Jugendliche endlich ernst nehmen**

### **Jugendförderung und Teilhabe:**

- Entwicklung wirksamer Konzepte der Jugendförderung und Stärkung der politischen Beteiligung Jugendlicher. Dazu soll die Stelle bei der Kreisverwaltung die notwendige Unterstützung erhalten, um politische Beteiligung möglichst in allen Kommunen und auf Kreisebene zu ermöglichen.

- Einrichtung neutraler Ombudsstellen für Kinder und Jugendliche in der Jugendhilfe
- Erhalt und inklusive Ausgestaltung kreisübergreifender Freizeitangebote (z. B. Feriendorf Ober-Seemen)
- Unterstützung und Ausweitung der LSBTTIQ\*-Beratungsstelle „queer-format“
- Unterstützung insbesondere junger Frauen, die gegen oder ohne ihren Willen in Ehen oder Abhängigkeit gedrängt oder gezwungen werden sollen
- Entwicklung von Strukturen, um möglichst niedrigschwellige unterstützende Jugendhilfemaßnahmen zu etablieren und Intensivmaßnahmen zu verhindern. Dafür ist eine bessere Personalausstattung erforderlich. Diese ist allerdings für alle Maßnahmen der Jugendhilfe erforderlich.
- Berufseinstieg: Stärkung der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung, um Jugendarbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit entgegenzuwirken.

## **Inklusion leben**

Eine inklusive Gesellschaft bietet Menschen mit Unterstützungsbedarf die notwendigen Hilfen und ein konsequent barrierefreies Umfeld. Der Familienentlastende Dienst muss in Kooperation mit den Leistungserbringer:innen finanziell und organisatorisch abgesichert werden.

Der Koalition liegt der Erhalt der selbstbestimmten Lebensführung in der Wohngemeinde nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ am Herzen. Deshalb engagieren wir uns mit dem LWV für ein ausreichend großes Netz an ambulanten Wohnmöglichkeiten und eine weitere wohnortnahe Wohnstätte für junge Menschen.

Für schwerstbehinderte Menschen müssen nach Beendigung der Schule Plätze in Tagesförderstätten vorhanden sein, um ihnen die Möglichkeit zu geben, ein strukturiertes Leben außerhalb der Familie oder Einrichtung zu führen. Es ist unser Ziel, dass diese Plätze wohnortnah ausgebaut werden.

## **Schutz vor Gewalt**

Ein sicheres Leben ist eine Grundvoraussetzung für soziale Stabilität.

- Eröffnung des zweiten Frauenhauses im Kreis
- Bund und Land werden aufgefordert, Frauenhäuser nach Plätzen, statt nach Fallzahlen zu finanzieren. Die Unterstützung von Kindern in Frauenhäusern muss finanziell abgesichert sein.
- Beweissicherung bei Vergewaltigungen und vertrauliche Beratung Betroffener
- Konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention in allen Einrichtungen, insbesondere Entwicklung von Präventionsangeboten

## **Beratung und soziale Sicherung**

Verlässliche Beratungsstrukturen müssen dauerhaft gesichert werden.

- **Jobcenter:** Weiterentwicklung des Jobcenters zu einer respektvollen Dienstleistungseinrichtung, die ihre Arbeit so gestaltet, dass Sanktionen vermieden werden und auf Augenhöhe agiert wird.

- **Schuldner:innen- und Verbraucher:innenberatung:** Erhalt und bedarfsgerechte Überprüfung der Angebote, um Menschen vor Wohnungsverlust und Pfändungen zu schützen.
- **Sucht- und Krisenhilfe:** Einrichtung einer 24-Stunden-Kriseneinrichtung für Menschen in psychischen Notlagen sowie Förderung einer kontrollierten Abgabe von Cannabis an Erwachsene (Modellprojekt). Unterstützung von Jugendlichen in psychosozialen Notsituationen verbessern – Ausbau des Sozialpsychiatrischen Dienstes für Kinder und Jugendliche sowie Entwicklung einer Infrastruktur im Kreis.
- Mit einem Netz aus geeigneten Beratungs- und Hilfsangeboten wollen wir den Folgen langfristiger Armut, wie psychosozialen und anderen gesundheitlichen Problemen sowie Bildungsdefiziten, entgegensteuern. Es gilt auch in Zeiten, in denen im Bund und im Land gekürzt wird, die soziale Infrastruktur mit Leistungen der Prävention, Beratung und Intervention zu sichern. Die generationenübergreifende Infrastruktur (Mehrgenerationenprojekte/-vereine, soziale Netzwerke, Soziale Stadt) und unser bestehendes Netz sozialer Hilfen und Beratung werden systematisch gefördert und weiterentwickelt.
- Kommunale soziale Arbeit ist wichtig für eine gute wohnortnahe Hilfe. Diese muss unter allen Umständen erhalten bleiben, verstetigt werden und soll allen Bevölkerungsgruppen mit Bedarf offenstehen.

## **Geflüchtete schützen und Integration gestalten**

Der Kreis stellt sich der Aufgabe, Geflüchtete dabei zu unterstützen, ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Dafür ist die Integration in den Arbeitsmarkt besonders wichtig; die zeitnahe Anerkennung von Abschlüssen und Qualifizierungsmaßnahmen werden wir unterstützen.

Die Versorgung mit sozialen Leistungen wie Kindertagesstättenplätzen, die Integration in Schulen, der Erwerb von Deutschkenntnissen, die Unterbringung in Wohnungen, die Verankerung in Vereinen und im Sport, die gesundheitliche Versorgung sowie die Begegnung und das Kennenlernen verschiedener Kulturen und Religionen sind Bestandteil dieser Aufgabe.

Dafür arbeitet der Kreis mit den Kommunen sowie den professionellen und ehrenamtlichen Mitgestalter:innen eng zusammen.

Der Kreis hat sich zum „Sicheren Hafen“ erklärt, festigt seine Willkommenskultur und steht der Aufnahme weiterer Geflüchteter positiv gegenüber.

### ***Das haben wir bisher erreicht:***

- Arbeitsmarkt- und Integrationsprojekt für Geflüchtete angestoßen
- Willkommenskultur und Einbürgerungsfeiern organisiert
- Integration ukrainischer Geflüchteter umgesetzt
- Barrierefreie Kreis-Website installiert
- Gleichstellung und Antidiskriminierung vorangebracht: aktiv gegen Diskriminierung, Rassismus und Faschismus sowie für die Gleichstellung aller Minderheiten

### ***Dafür wollen wir uns weiter einsetzen:***

- Die Koalition steht für eine offene, solidarische und verlässliche Willkommenskultur. Integration wird als zentrale gesellschaftliche Aufgabe verstanden und aktiv gestaltet.
- Der Zugang zu Verwaltungsleistungen wird durch den Ausbau mehrsprachiger Angebote verbessert. Ziel ist eine barrierearme und bürgernahe Verwaltung für alle Menschen.
- Arbeitsmarktintegration wird gezielt gefördert. Programme zur Vermittlung von Geflüchteten in Ausbildung und Beschäftigung werden weiterentwickelt und ausgebaut. Damit werden die Voraussetzungen für das Bleiberecht geschaffen.
- Integrationsstrukturen werden gestärkt und bedarfsgerecht erweitert.
- Die Koalitionspartner:innen setzen sich für verlässliche Bleibeperspektiven ein und lehnen Abschiebungen ab, insbesondere in Kriegs- und Krisengebiete.
- Patenschaftsprogramme und Begegnungsformate werden ausgebaut, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und Integration im Alltag zu fördern.
- Die Vielfalt der Gesellschaft wird als Stärke anerkannt. Diskriminierung, Rassismus und Ausgrenzung wird entschieden entgegengetreten.
- Die Einrichtung eines Regenbogenhauses wird unterstützt, um einen sicheren Ort für Beratung, Begegnung und kulturellen Austausch zu schaffen.

## **Gute Arbeit und sozialer Zusammenhalt im Kreis Groß-Gerau**

### ***Das haben wir bisher erreicht:***

- Wir haben das Jobcenter zu einer Dienstleistungseinrichtung ausgebaut.
- Eine Ombudsstelle hilft, Konflikte zu lösen.
- Geflüchtete erhalten Perspektiven durch Arbeit und Ausbildung, und Unternehmen erhalten Fach- und Arbeitskräfte.
- Das Ausbildungsrestaurant Mangold hat kurz nach seiner Eröffnung bereits Auszeichnungen erzielt.
- Die AVM gGmbH betreibt eine erfolgreiche Beschäftigungsgesellschaft. Hier gehen wir neue Wege: eine moderne Mensa, ein Ausbildungsrestaurant und praxisnahe Lernangebote.

### ***Das haben wir uns vorgenommen:***

## **Transformation der Wirtschaft & Arbeitsplatzsicherung**

Der Kreis Groß-Gerau steht vor einem massiven Strukturwandel, insbesondere in der Automobilindustrie (Opel, Zulieferer) und im Luftverkehr (Fraport, Lufthansa). Wir werden den angekündigten Stellenabbau nicht tatenlos hinnehmen.

- **Aktive Industriepolitik:** Der Kreis mischt sich aktiv in den Transformationsprozess ein. Wir fordern von Land und Bund, dass Finanzhilfen für Großkonzerne strikt an Arbeitsplatzgarantien und ökologische Nachhaltigkeit gebunden werden.

- **Projekt „Mobilitätswende“:** Wir prüfen und unterstützen Initiativen für eine alternative Produktion (analog zu „VW steht für Verkehrswende“). Ziel ist die Ansiedlung und Förderung von Unternehmen, die regionale Elektrokleinbusse für den ÖPNV oder umweltfreundliche Logistiklösungen produzieren.
- **Regionalisierung & Schiene:** Um Abhängigkeiten von globalen Konzernen zu verringern, stärken wir die regionale Wirtschaft. Güter- und Ferntransport müssen konsequent auf die Schiene verlagert werden.
- **Forum Transformation:** Gemeinsam mit Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgeber:innen beraten wir in einem festen Forum über neue Arbeitsfelder im Nah-, Rad- und Fußverkehr sowie in der nachhaltigen Ökonomie.

## Ausbildung und Perspektiven für die Jugend

- **Ausbildungsgarantie:** Wir sichern die Vielfalt der Ausbildungsplätze und stärken die außerbetriebliche Ausbildung.
- Uns ist es wichtig, den hohen Wert der betrieblichen/dualen Ausbildung zu betonen und gemeinsam mit Kammern, Arbeitnehmer:innen- und Arbeitgeber:innenorganisationen für mehr Auszubildende zu werben.
- Ausbildungsplätze beim Kreis, seinen Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften sind zu erhalten und auszubauen.

Faire Ausbildung heißt Übernahme aller Auszubildenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung. Eine Zulage für Azubis soll geprüft werden, um junge Menschen an die Region zu binden.

- **Auszubildenden-Wohnheime:** In Kooperation mit dem Studierendenwerk und Gewerkschaften schaffen wir bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, um den Kreis als Standort attraktiv zu halten.

## Das Jobcenter als Partner: Unterstützung statt Sanktionen

Wir stärken das Jobcenter konsequent in seiner Konzeption einer kund:innenorientierten Unterstützungseinrichtung.

- **Sanktionsfreiheit & Bürgergeld:** Wir setzen uns auf allen Ebenen für eine sanktionsfreie Grundsicherung ein. Das Jobcenter soll Ermessensspielräume konsequent zugunsten der Betroffenen auslegen.
- **Qualifikation vor Vermittlung:** Ausbildung und nachhaltige Qualifizierung haben Vorrang vor kurzfristiger Vermittlung in prekäre Jobs („Drehtüreffekt“ vermeiden).
- **Öffentlicher Beschäftigungssektor:** Wir bauen den öffentlich geförderten Beschäftigungssektor mit tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen aus. „Ein-Euro-Jobs“ sind eine schlechte Alternative und nur als Übergangslösung in reguläre Beschäftigung akzeptabel.
- **Barrierefreiheit & Digitalisierung:** Die Dezentralität (fünf Standorte) bleibt erhalten. Die digitale Antragstellung wird ausgebaut, gleichzeitig garantieren wir eine exzellente telefonische und persönliche Erreichbarkeit für Menschen ohne digitalen Zugang.
- Arbeitslosengeld-II-Empfänger:innen erhalten Informationen über die Abläufe und damit Sicherheit über das Verfahren; sie erhalten im Jobcenter die notwendige Beratung.

- Eine wertschätzende Behandlung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Wir unterstützen die Leitung und die Mitarbeiter:innen des Jobcenters bei der Qualitätsentwicklung und -sicherung. Die Sachbearbeiter:innen werden durch die Leitung unterstützt, Entscheidungsspielräume zugunsten der Betroffenen ausulegen.

## Soziale Teilhabe und Gerechtigkeit

### Bekämpfung von Armut

- **Teilhabeakte:** Wir prüfen mit den Kommunen, eine kreisweite Teilhabeakte für Bezieher:innen von Bürgergeld, Grundsicherung, Wohngeld oder AsylbLG einzuführen, und werben offensiv um weitere lokale Vergünstigungen.
- **Ombudsstelle:** Die Ombudsstelle für Sozialleistungen wird gestärkt, und deren Jahresberichte werden als verbindliche Handlungsanweisungen für die Verwaltung genutzt.

### Geschlechtergerechtigkeit & Gender Pay Gap

- **Gleicher Lohn:** Angesichts der Lohnlücke bei Frauen und FLINTA\*-Personen beauftragen wir die Wirtschaftsförderung und das Frauenbüro mit einer Strategie zur Schließung des Gender Pay Gaps. Der Kreis verschärft die Kriterien bei der Vergabe von Leistungen, sodass die zustehenden Tarife gezahlt werden und keine Diskriminierung erfolgt. Seine Zuwendungen orientieren sich an diesen Vorgaben.
- **Fokus Alleinerziehende:** Da 43 % der Alleinerziehenden von Armut bedroht sind, bauen wir spezialisierte Beratungsangebote für den Wiedereinstieg aus – auch für Frauen, die nicht im Leistungsbezug stehen.
- **Faire Arbeitsbedingungen für alle:** Der Kreis arbeitet eng mit der Fairen Mobilität zusammen und nimmt besonders Einfluss auf Arbeitgeber:innen, die Saisonarbeitskräfte einstellen, damit wirklich Mindestlohn gezahlt wird und dieser nicht durch Strafen sowie überhöhte Forderungen für Unterkunft und Verpflegung gemindert wird. Sexuelle Gewalt und Diskriminierung sind in Arbeitsverhältnissen mit Menschen ohne deutschen Pass tabu, genauso wie gesundheitliche Gefährdungen und fehlende Absicherung.

### Inklusion und Integration

- **Menschen mit Beeinträchtigungen:** Wir fördern die Einrichtung von Integrationsbetrieben und fordern von Arbeitgeber:innen die Einhaltung der Beschäftigungsquoten ein. Das Jobcenter bietet spezialisierte Unterstützung für Menschen mit psychischen Erkrankungen.
- **Arbeitsmarktzugang für Geflüchtete:** Wir etablieren die Beratung zur Arbeitsmarktintegration für Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus. Das sichert Fachkräfte für Betriebe und schafft Bleibeperspektiven durch „Spurwechsel“.

**Kernziel:**

Wir wollen den Kreis Groß-Gerau von einer Region der Abhängigkeit von Großkonzernen hin zu einem Modellstandort für nachhaltige Mobilität, demokratisierte Arbeitsverhältnisse und soziale Sicherheit entwickeln.

## **Älter werdende Gesellschaft**

Der demografische Wandel verändert unseren Kreis grundlegend. Mit dem Eintritt der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand und einem deutlichen Anstieg älterer Menschen wächst die Verantwortung, den Kreis Groß-Gerau generationengerecht, solidarisch und zukunftsfest zu gestalten. Für uns ist klar: Älterwerden darf nicht mit sozialem Rückzug, Einsamkeit oder dem Verlust von Selbstbestimmung verbunden sein. Unser Ziel ist ein Kreis, in dem Menschen auch im Alter selbstbestimmt, sicher, gesund und sozial eingebunden in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Dafür braucht es wohnortnahe Infrastruktur, soziale Sicherheit, innovative Wohnformen, digitale Teilhabe und eine Politik, die Alter als aktiven Teil gesellschaftlicher Vielfalt versteht.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels durch eine vorausschauende Senioren-, Pflege- und Sozialpolitik im gesamten Kreis
- die konsequente Weiterentwicklung der Altenhilfeplanung als strategisches Instrument für ein selbstbestimmtes Leben im Alter
- den Ausbau wohnortnaher Beratungs- und Unterstützungsangebote in den Bereichen Pflege, Wohnen, Sicherheit und Alltagsbewältigung
- die Stärkung niedrigschwelliger Hilfen wie Fahrdienste, Essen auf Rädern, Wohnberatung und aufsuchender Unterstützungsangebote
- die Förderung innovativer und generationenübergreifender Wohnprojekte, die Selbstständigkeit, soziale Teilhabe und Schutz vor Einsamkeit verbinden
- die Unterstützung und Weiterentwicklung von Mehrgenerationenhäusern, Begegnungsorten und lokalen Netzwerken als Orte des Austauschs und gesellschaftlichen Zusammenhalts
- den gezielten Ausbau kultureller, gesellschaftlicher und politischer Bildungsangebote für ältere Menschen
- die Sicherung digitaler Teilhabe durch barrierefreie digitale Angebote, Bildungsprogramme und Unterstützungsstrukturen
- die konsequente Verbesserung von Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, im Mobilitätsangebot sowie im digitalen Zugang zu Dienstleistungen
- gezielte Maßnahmen zum Schutz älterer Menschen vor den gesundheitlichen Folgen der Klimakrise, insbesondere bei Hitzeereignissen
- den entschlossenen Kampf gegen Altersarmut durch soziale Absicherung, Teilhabegerechtigkeit und politische Interessenvertretung auf allen Ebenen

Wir verstehen gute Politik für ältere Menschen nicht als Fürsorge allein, sondern als Ermöglichung von Teilhabe, Würde und Selbstbestimmung.

# **Gesundheit, Pflege und soziale Sicherheit**

Gesundheit ist Teil öffentlicher Daseinsvorsorge und darf nicht dem Primat von Profitinteressen untergeordnet werden. Unser Ziel ist eine solidarische, wohnortnahe, bedarfsgerechte und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung für alle Menschen im Kreis Groß-Gerau. Wir begreifen Gesundheitspolitik ganzheitlich: von Prävention über medizinische Versorgung und Pflege bis hin zu psychischer Gesundheit, Krisenhilfe und sozialer Sicherheit. Besonders angesichts des demografischen Wandels, sozialer Ungleichheit und wachsender Versorgungsengpässe braucht es einen starken, handlungsfähigen Kreis.

## **Öffentliche Gesundheitsvorsorge stärken – Versorgung sichern**

Die Gesundheitsversorgung im Kreis muss für alle Menschen zugänglich, verlässlich und gemeinwohlorientiert bleiben. Die Kreisklinik ist dabei ein zentraler Baustein kommunaler Verantwortung.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- den uneingeschränkten Erhalt der Kreisklinik Groß-Gerau und ihre konsequente Weiterentwicklung zu einem intersektoralen Gesundheitszentrum
- eine bedarfsgerechte, wohnortnahe Versorgung insbesondere für ältere Menschen, Familien und vulnerable Gruppen
- die politische Initiative für eine Reform der Krankenhausfinanzierung weg vom Fallpauschalensystem hin zu einer bedarfsorientierten Finanzierung
- den Ausbau ambulanter Gesundheitszentren zur Sicherung haus- und kinderärztlicher Versorgung
- eine bessere Koordination von Bereitschaftsdienst, Notfallversorgung und Rettungswesen

## **Pflege stärken – Menschen vor Rendite schützen**

Pflege ist für uns Teil sozialer Infrastruktur. Pflegebedürftigkeit darf nicht zur finanziellen Belastungsprobe oder zum Geschäftsmodell werden.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- bessere Arbeitsbedingungen, faire Personalschlüssel und Entlastung für Pflegekräfte
- mehr Ausbildungsplätze sowie gezielte Fachkräftegewinnung und Anerkennung internationaler Qualifikationen
- die Prüfung eines kreiseigenen Betriebs für Langzeitpflege und öffentlicher Verantwortung in der Pflegeplanung
- den Ausbau von Kurzzeitpflege, Tagespflege und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige
- die Verstetigung von Gemeindepflegekräften in allen Kommunen
- besondere Unterstützung für Menschen mit Demenz und ihre Familien

## **Psychische Gesundheit und Krisenversorgung ausbauen**

Psychische Gesundheit ist gleichwertiger Bestandteil gesundheitlicher Versorgung und muss stärker in den Mittelpunkt rücken.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- den Aufbau einer 24-Stunden-Kriseneinrichtung mit mobiler Unterstützung
- die Schaffung einer Krisenpension und eines kreisweiten Traumanetzwerks
- die personelle und strukturelle Stärkung des sozialpsychiatrischen Dienstes
- den Ausbau niedrigschwelliger Hilfen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene

## **Frauenrechte, Gewaltschutz und soziale Sicherheit stärken**

Soziale Sicherheit bedeutet auch Schutz vor Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- die vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention im Kreis Groß-Gerau
- die Stärkung von Interventionsstellen und Gewaltprävention
- die dauerhafte Sicherung anonymer Spurensicherung nach Sexualdelikten
- eine diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung auch für Menschen ohne Krankenversicherung
- Clearingstellen und soziale Gesundheitsangebote für besonders vulnerable Gruppen
- bessere medizinische Versorgung für Geflüchtete und Menschen mit eingeschränktem Versicherungsschutz

## **Innovation, Prävention und soziale Gerechtigkeit verbinden**

Gesundheitspolitik muss modern, gerecht und präventiv sein.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- die Unterstützung innovativer Versorgungsmodelle wie Geburtshäuser, Hospizstrukturen und Community Health Nurses
- eine progressive, gesundheitsorientierte Drogenpolitik einschließlich kontrollierter Präventionsmodelle
- den Ausbau öffentlicher Gesundheitsvorsorge und Krisenresilienz
- die Verbindung von Klimaschutz, Sozialpolitik und Gesundheitsschutz

## **Sicherheit, Rettungswesen und gesellschaftliche Resilienz**

Sicherheit verstehen wir umfassend: als Schutz in Krisen, als Prävention und als Unterstützung starker öffentlicher Strukturen.

### **Deshalb setzen wir uns ein für:**

- die Stärkung von Rettungsdiensten, Katastrophenschutz und ehrenamtlichen Hilfsstrukturen
- bessere materielle und psychologische Unterstützung für Einsatzkräfte
- eine diskriminierungssensible Ausbildung von Sicherheitsbehörden
- Prävention gegen Rechtsextremismus, Gewalt und gesellschaftliche Polarisierung

Unser Ziel ist ein Kreis Groß-Gerau, der Gesundheit, Pflege und soziale Sicherheit als öffentliche Verantwortung versteht: solidarisch, ökologisch, sozial gerecht und menschenwürdig.

## **Riedwerke als Dienstleister im ÖPNV, in der Abfallwirtschaft, in Energiefragen sowie als Partnerin für die Ausbildung junger Menschen**

Der Zweckverband Riedwerke bearbeitet mit seinen Tochtergesellschaften vielfältige Aufgabenfelder der Daseinsvorsorge, aber auch wichtige Zukunftsfelder für den Kreis Groß-Gerau.

Mit Beschlüssen des Kreistages sowie im Verwaltungsrat und in der Verbandsversammlung werden wir die Arbeit unserer Riedwerke eng begleiten.

Mit der ETech GmbH sollen auch in den nächsten Jahren neue Felder im Bereich der erneuerbaren Energien sowie der Energieeffizienz erarbeitet und umgesetzt werden.

Der Klimawandel stellt uns vor die Herausforderung, an diesem Punkt noch intensiver zu arbeiten und neue Ideen zu entwickeln.

## **Regionalpolitik**

Für den Kreis Groß-Gerau hat „Regionalpolitik“ durch seine zentrale Lage mitten in Deutschland, seine topografische Struktur und die enorme Verdichtung der Infrastruktur (Fernstraßen, Schifffahrt/Häfen, Luftverkehr, Energieanlagen, Rohstoffgewinnung/Sand-Kies) eminente Bedeutung.

In einem sehr langen Prozess wurde nun ein neuer Regionalplan/Flächennutzungsplan von den Regionalparlamenten (Regionalversammlung Südhessen, Regionalverband Frankfurt Rhein-Main) vorgelegt, an dessen Zustandekommen der Kreis Groß-Gerau und seine politischen Akteur:innen intensiv beteiligt waren.

Wir bekennen uns zum Erhalt der „polyzentrischen Struktur“ unserer Region – als Gegenentwurf zu einem monolithischen Siedlungsbrei.

Dazu gehören sowohl die Deckelung der baulich „verwertbaren“ Flächen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur als auch der (noch) relativ politisch begründete einklagbare Schutz der Naturflächen in all ihren Ausprägungen.

Wir widersprechen allen Versuchen, diese grundsätzlichen Übereinkünfte zur Erhaltung von Natur und Lebensqualität – bei gleichzeitiger maßvoller Flächenentwicklung – alleinigen Wirtschaftsinteressen auszuliefern und unsere unmittelbare Lebensumgebung zu verschlechtern.

Besonders in unserem Kreisgebiet bestehen nach wie vor vielfältige Begehrlichkeiten der Logistik-, Auskiesungs- und Rechenzentrumsbranche, die nicht nur zu einem großen Flächen- und Bodenverbrauch führen, sondern zunehmend auch durch massiven Kapitaleinsatz (Rechenzentren) zu Monostrukturen und Energiebeschaffungsproblemen beitragen.

Als Koalition arbeiten wir intensiv am weiteren Planungsprozess mit und unterstützen unsere Kreiskommunen mit einem umfangreichen Paket aus fundierten Informationen, Stellungnahmen und Entscheidungshilfen.

Die Realisierung unserer Forderung nach sozialem Wohnungsbau, eine gerechte Aufteilung dieser Verantwortung innerhalb der Kreiskommunen sowie mögliche Unterstützungs- oder Ausgleichsleistungen des Kreises sind im Vorfeld einer Bauleitplanung durch die Kommunen gemeinsam zu beraten.

Der Kreis Groß-Gerau soll hierfür eine koordinierende Funktion einnehmen. Bei der Neuaufstellung der Flächennutzungspläne (RegFNP und örtliche FNP) sind diese Handlungsfelder von zentraler Bedeutung.

## **Mobilität stärken, Umweltbelastungen senken**

Wir gestalten Mobilität im Kreis Groß-Gerau neu: klimafreundlich, sicher, inklusiv und am Menschen orientiert.

Unser Leitbild ist eine echte Verkehrswende, die Fuß-, Rad- und öffentlichen Verkehr stärkt, Ressourcen schont, Lebensqualität erhöht und Belastungen reduziert.

Mobilitätspolitik muss Gesundheit schützen, den öffentlichen Raum gerechter verteilen und unterschiedliche Lebensrealitäten – von Familien über Pendler:innen bis hin zu älteren Menschen und Jugendlichen – berücksichtigen.

Dabei setzen wir auf nachhaltige Infrastruktur, innovative Lösungen und eine klare Priorität für Umwelt- und Klimaschutz.

### ***Das haben wir bisher erreicht:***

- Stärkung des ÖPNV über die LNVG: Die Lokale Nahverkehrsgesellschaft LNVG nutzt Wasserstoffbusse, bildet Busfahrende aus und stellt sie an.

- Integriertes Verkehrsentwicklungskonzept (InVEK): Ein integriertes Verkehrsentwicklungskonzept (InVEK) mit weniger CO<sub>2</sub> und mehr nachhaltiger Mobilität.

***Dafür wollen wir uns weiter einsetzen:***

- Die konsequente Umsetzung und Weiterentwicklung des Integrierten Verkehrsentwicklungskonzepts (InVEK) als strategische Grundlage nachhaltiger Kreisentwicklung
- Die Anbindung von Wohngebieten an den ÖPNV muss in Zukunft gewährleistet sein.
- Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung des regionalen Radverkehrskonzepts
- Den Ausbau sicherer, durchgängiger und alltagstauglicher Radwegenetze zwischen Kommunen, Schulen, Bahnhöfen und Arbeitsorten
- Die gezielte Förderung des Fußverkehrs durch sichere, barrierefreie und attraktive öffentliche Räume
- Eine Mobilitätspolitik, die die Lebensrealitäten aller Menschen einbezieht und Sicherheit sowie Zugänglichkeit besonders berücksichtigt
- Wir verlieren das Ziel des Nulltarifs im ÖPNV nicht aus den Augen und werden uns auf eine Personengruppe konzentrieren, um endlich erste Schritte gehen zu können.
- Den Ausbau von Ladeinfrastruktur und weiteren Bausteinen emissionsfreier Mobilität
- Die Förderung von Carsharing, regionalen Mobilitätsstationen und innovativen Verkehrskonzepten als Ergänzung zum Umweltverbund
- Emissionsfreie Lieferverkehre und nachhaltige Wirtschaftsverkehre als Beitrag zu Klimaschutz und Lebensqualität
- Mobilitätsmanagement an Schulen und Bildungseinrichtungen, um nachhaltige Mobilität frühzeitig zu stärken
- Die konsequente Reduktion von Straßenverkehr, Lärm, Flächenverbrauch und Schadstoffbelastung
- Einen klaren Vorrang von Klimaschutz und Lebensqualität vor einseitigem Straßenneubau

## **Flughafen: Lärm- und Gesundheitsschutz**

Mit Inbetriebnahme des Terminal 3 ist der jahrzehntelange Ausbauprozess des Flughafens Rhein-Main an sein Ende gelangt, und die von der Luftfahrtindustrie gewünschten Ziele wurden mehr als erfüllt.

Die Lärmbelastung durch den Flugbetrieb muss wieder in den Fokus der Betrachtung gestellt und reduziert werden. Ein aktives Lärmreduktionsmanagement muss neben den neuen Planungen zum Betriebsregime als gleich- oder höherwertiger Bestandteil hinzukommen. Alle Belastungen des Verkehrsaufkommens durch den Betrieb des Flughafens in der Kreisregion müssen neu erfasst und reduziert werden.

Auf lange Zeit wird der Antrieb der Flugzeuge Kerosin sein – ein fossiler Brennstoff, der zu einer hohen, inzwischen gut dokumentierten Feinstaubbelastung in der Umgebung des Flughafens führt, ohne dass seitens des Betreibers oder der Eigner:innen (zu hohen Anteilen das Land Hessen, die Lufthansa und die Stadt Frankfurt) offensiv und bevölkerungsschützend gehandelt würde.

Wir fordern als Koalition im Kreis eine umfassende öffentliche Diskussion über den derzeitigen Stand der Messergebnisse und Lösungsvorschläge für dieses lange vernachlässigte Problem der Gesundheitsschädigung der Bevölkerung durch den Flugverkehr.

Der „Masterplan Cargo Hub“ der Fraport, der die Luftfrachtentwicklung am Flughafen erheblich steigern soll, wird von uns abgelehnt. Die Veränderungen im Luftverkehr und mögliche Flugbewegungsreduktionen dürfen nicht durch gewaltige Steigerungen im Luftfrachtverkehr ausgeglichen werden.

Durch die anstehenden Pläne werden weiterhin große Flächen versiegelt und die geplanten Frachtflüge verlärmern in zunehmendem Maße unsere Region. Ein Flughafen, der so zentral in einer dicht besiedelten Region liegt, ist vollkommen ungeeignet, um als eines der weltweit größten Frachthubs und -drehkreuze ausgebaut zu werden.

Wir erwarten von der Fraport und ihren Eigner:innen eine sofortige Veröffentlichung aller Planungen sowie eine intensive öffentliche Diskussion.

Diese Forderungen gelten auch für die hessische Landesregierung. Wir wollen eine verstärkte Information der Öffentlichkeit durch das Forum Flughafen Region (FFR), das Umwelt- und Nachbarschaftshaus, die Fluglärmkommission und KAG/ZRM, die wir auch in den jeweiligen Institutionen und Gremien, denen der Kreis angehört, intensiv einfordern und begleiten werden.

Die Koalition setzt sich auf allen Ebenen, auf denen der Kreis beteiligt ist dafür ein, die Bedingungen und Bestimmungen des Planfeststellungsbeschlusses sowie der Mediations-Ergebnisse intensiv einer Entwicklungs-Verlaufs-Ergebnis-Prüfung zu unterziehen und gegebenenfalls Konsequenzen aus nicht eingehaltenen Übereinkünften und Festlegungen zu ziehen.

Der Kreis Groß-Gerau trägt weiterhin besondere Lärm- und Schadstoffbelastungen durch den Frankfurter Flughafen. Wir stellen den Schutz von Gesundheit, Lebensqualität und Umwelt konsequent in den Mittelpunkt unseres politischen Handelns.

***Deshalb setzen wir uns ein für:***

- Der Bahnanschluss des Terminal 3 muss mit Priorität und höchster Umweltverträglichkeit vorangetrieben werden.
- Die Auswirkungen der Inbetriebnahme des Terminal 3 minimieren: konsequente Vermeidung von Ausweichverkehr in den Flughafenanrainerkommunen und Reduzierung von Bodenlärm.
- Eine deutliche und wirksame Reduktion von Fluglärm und Ultrafeinstaub

- Die Ausweitung und konsequente Einhaltung des Nachtflugverbots von 22 bis 6 Uhr
- Einrichtung einer dynamischen Absenkung der Lärmobergrenze, die das technische Potenzial zur Lärminderung aktiviert, um die Lärmmenge mittel- und langfristig deutlich zu reduzieren
- Verringerung der Fluglärmlast und faire Verteilung in der Region, wobei alle Möglichkeiten zur Lärmreduzierung zu nutzen sind
- Begrenzung der absoluten Anzahl der Flugbewegungen und Förderung alternativer Verkehrsträger:innen
- Lückenloses und durchgängiges Schadstoffmonitoring, insbesondere zur Ultrafeinstaubbelastung
- Stärkung der öffentlichen Beteiligung an der Planung von Flugrouten und Verlärmungsgebieten
- Eine starke politische Vertretung der Interessen der betroffenen Bevölkerung auf allen Ebenen
- Den Vorrang von Gesundheitsschutz vor wirtschaftlichen Einzelinteressen
- Eine nachhaltige Entwicklungspolitik, die Belastungsgrenzen anerkennt und schützt

Wir wollen eine Verstärkung des Regionalfonds zur Abfederung der sozialen Herausforderungen durch sozialstrukturelle Veränderungen in der Region und unterstützen die Kommunen des Kreises in der politischen und juristischen Auseinandersetzung.

Wir fordern einen finanziellen Ausgleich für die von Siedlungsbeschränkung betroffenen Kommunen sowie für die Lärmbelastung, die Menschen und Tiere schädigt.

Wir fordern, dass das Gewerbesteueraufkommen des Flughafens unter den betroffenen Kommunen je nach Lärmbelastung aufgeteilt wird.

## **Wirtschaft im Wandel – Sozial, digital und nachhaltig**

### ***Das wurde bisher erreicht:***

Der Kreis betreibt mit der AVM gGmbH eine Beschäftigungsgesellschaft. Das Ausbildungsrestaurant Mangold hat kurz nach seiner Eröffnung Auszeichnungen und gute Resonanz erzielt.

Wir erhalten und bauen die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen für berufliche Orientierung aus.

Das Jobcenter wurde zu einer Dienstleistungseinrichtung für Menschen ohne Arbeit und Familien mit zu geringem Einkommen entwickelt. Eine Ombudsstelle hilft, Konflikte zu lösen.

Geflüchtete sollen Arbeit oder Ausbildung und einen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen, um eine Perspektive zu erhalten und hierdurch zudem neue Fachkräfte zu gewinnen.

Start-ups erhalten Unterstützung durch das TIGZ und die Existenzgründungsberatung. Das wollen wir weiter umsetzen:

## Standortpolitik und Transformation

Wir entwickeln den Kreis Groß-Gerau zum Vorreiter einer ökologisch-digitalen Transformation. Wirtschaftsförderung bedeutet für uns die Ansiedlung von Unternehmen, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen und die Klimaziele des Kreises unterstützen.

- **Steuerung von Rechenzentren:** Die Ansiedlung von Rechenzentren erfolgt strikt nach den regionalen Leitlinien. Wir forcieren die Abwärmenutzung für kommunale Nahwärmenetze und verpflichten Betreiber:innen zur Nutzung von 100 % erneuerbaren Energien. Städtebauliche Dominanz wird durch klare Gestaltungsvorgaben begrenzt.
- **GreenTech-Cluster:** Wir fördern gezielt Innovationen in den Bereichen Wasserstofftechnologie und Kreislaufwirtschaft, um die Abhängigkeit von der Automobilindustrie zu diversifizieren.

## Gute Arbeit und Beschäftigung

Die Koalition bekennt sich zum Ziel der Vollbeschäftigung unter fairen Bedingungen.

- **Tariftreue:** Öffentliche Aufträge des Kreises und seiner Beteiligungen werden nur an Unternehmen vergeben, die nach geltenden Tarifen bezahlen oder vergleichbare soziale Standards garantieren. Dazu müssen diese Aufträge so gestaltet werden, dass Lohndumping und soziale Widrigkeiten wie z. B. Diskriminierung verhindert werden.
- **Transformation der Arbeitswelt:** Wir unterstützen Programme zur Qualifizierung und Weiterbildung (Re-Skilling), um Beschäftigte auf den digitalen Wandel und den Einsatz von KI vorzubereiten. Dabei setzen wir uns für die Prüfung von Modellen zur Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich ein.
- **Fachkräftesicherung:** Gemeinsam mit der IHK und dem Handwerk starten wir eine Ausbildungsoffensive, um dem Fachkräftemangel in technischen und sozialen Berufen entgegenzuwirken.

## Integration Geflüchteter in den Arbeitsmarkt

Wir begreifen Zuwanderung als Chance. Der Fokus liegt auf der schnellen und nachhaltigen Arbeitsmarktintegration.

- **Bürokratieabbau:** Wir setzen uns für die Beschleunigung von Arbeitserlaubnissen ein. „Work first“ muss mit begleitender Sprachförderung und Qualifizierung kombiniert werden.
- **Anerkennung von Abschlüssen:** Wir unterstützen die Einrichtung einer regionalen Beratungsstelle zur schnelleren Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen.
- **Praktikumsbörse:** Der Kreis initiiert ein Mentoring-Programm, das Geflüchtete direkt mit lokalen Betrieben vernetzt, um Hürden beim Berufseinstieg abzubauen.

## Digitale Verwaltung und Souveränität

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern muss den Bürger:innen dienen.

- **Service-Versprechen:** Alle wesentlichen Verwaltungsleistungen des Kreises sollen rechtssicher online verfügbar sein („Onlinezugangsgesetz 2.0“).
- **Digitale Teilhabe:** Wir schaffen „digitale Alltagshelfer:innen“ und Beratungsangebote in den Kommunen, um sicherzustellen, dass ältere Menschen oder Menschen mit geringen digitalen Kompetenzen nicht abgehängt werden.
- **Open Data:** Wir fördern die Nutzung von Open-Source-Software in der Kreisverwaltung, um die digitale Souveränität zu stärken und Abhängigkeiten von Großkonzernen zu reduzieren.

## Stärkung der Demokratie und des Demokratieverständnisses

Demokratie lebt von Beteiligung, Transparenz, sozialer Gerechtigkeit und einer aktiven Zivilgesellschaft.

Angesichts wachsender gesellschaftlicher Polarisierung, demokratiefeindlicher Tendenzen und sozialer Ungleichheit setzen wir auf eine Politik, die Vertrauen stärkt, Teilhabe ausbaut und Menschen aktiv einbindet.

Unser Ziel ist ein Kreis Groß-Gerau, in dem Vielfalt geschätzt und geschützt wird, Diskriminierung entschieden bekämpft und demokratisches Engagement nachhaltig gefördert wird.

Demokratie bedeutet für uns mehr als Verwaltung – sie ist Grundlage eines solidarischen Gemeinwesens.

### ***Das haben wir bereits erreicht:***

- Aktive Antidiskriminierungs- und Gleichstellungsarbeit
- Unterstützung des ersten CSD in Groß-Gerau
- Demokratie durch Kultur gestärkt (Büchner findet statt, Volk im Schloss)
- Inklusive Kinder- und Jugendhilfe

### ***Deshalb setzen wir uns weiter ein für:***

- Die Stärkung demokratischer Bildung und politischer Teilhabe für alle Generationen
- Digitale Beteiligungsplattformen und moderne Beteiligungsformate, die Bürger:innen niedrigschwellig einbinden
- Transparente Kommunikation politischer Entscheidungen, Beschlüsse und Beteiligungsergebnisse
- Die Verstärkung und institutionelle Absicherung von Antidiskriminierungs-, Gleichstellungs- und Antirassismusbearbeitung

- Die konsequente Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Demokratieabbau
  - Die Förderung kultureller Teilhabe, Vielfalt und gesellschaftlichen Zusammenhalts
  - Die Unterstützung queerer Sichtbarkeit, gesellschaftlicher Vielfalt und inklusiver öffentlicher Räume
  - Präventionsarbeit gegen Extremismus sowie den Schutz demokratischer Institutionen
  - Die Organisation von Besuchen der Kreisverwaltung sowie Sitzungen des Kreistags durch Schüler:innengruppen
  - Das Involvieren der Ausländer:innenbeiräte sowie Migrant:innenselbstorganisationen auf Kreisebene in den Partizipationsprozess
- 
- Eine Politik, die soziale Gerechtigkeit als Voraussetzung demokratischer Stabilität versteht
  - Unterstützung von Initiativen und Projekten, die sich für demokratische Zugänge sowie mehr Beteiligung und Mitbestimmung in verschiedenen Lebensbereichen wie der Arbeitswelt, den Bildungsinstitutionen, dem Nahverkehr oder der Wohnpolitik engagieren

Darüber hinaus wollen wir junge Initiativen und Projekte unterstützen, die sich für demokratische Zugänge sowie mehr Beteiligung und Mitbestimmung in verschiedenen Lebensbereichen wie der Arbeitswelt, den Bildungsinstitutionen, dem Nahverkehr oder der Wohnungspolitik einsetzen.

Insbesondere den Kreiselternbeirat und die Kreisschüler:innenvertretung sowie deren gewählte Gremien in den Schulen wollen wir besonders fördern. Hierzu sollen sie angemessen ausgestattet werden.

Wir stehen für einen Kreis, der Demokratie nicht nur verteidigt, sondern aktiv weiterentwickelt: ökologisch, sozial, vielfältig und gerecht.

So verbinden wir eine klare progressive Handschrift mit breiter Verantwortung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

## **Einheit in Vielfalt**

Vielfalt ist kein Problem, sondern eine Stärke. Gleichstellung aller Menschen ist unser Leitprinzip.

Der Kreis Groß-Gerau ist seit Jahrzehnten ein Ort des Zusammenlebens vieler Kulturen und Lebensentwürfe. Das prägt unsere Identität und bereichert unsere Gesellschaft.

Wir setzen uns für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen ein. Wir stehen für eine offene Gesellschaft, in der niemand aufgrund des Geschlechts, der sexuellen

Orientierung, der geschlechtlichen Identität, von Beeinträchtigungen, des Alters, der Religion, einer rassistischen Zuschreibung oder der Herkunft diskriminiert werden darf.

Unser Ziel ist Zusammenhalt in Vielfalt.

Viele Menschen sind aufgrund gesellschaftlicher Machtverhältnisse von Ungleichbehandlung betroffen. Strukturelle Ungleichbehandlung muss durch strukturelle Maßnahmen adressiert und abgebaut werden.

Deshalb fördern wir im Kreis Groß-Gerau einen wertschätzenden Dialog zwischen Menschen unterschiedlicher kultureller Prägung, religiöser Überzeugungen und Lebensentwürfe.

Wir wollen eine Anerkennungs- und Willkommenskultur gegenüber Menschen, die neu zu uns kommen oder auch schon lange hier leben.

Wir treten menschenfeindlichen Haltungen wie unter anderem Rassismus entschieden entgegen.

Wir sind in unseren Haltungen sehr klar: Barrierefreiheit, LSBTTIQ\*-Rechte und Frauenrechte sind Menschenrechte.

Wir wollen eine Gesellschaft, die auf Respekt und Akzeptanz beruht.

Es ist dabei wichtig, Sichtbarkeit und Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen – für alle, die hier leben.

Wir wollen, dass bei dieser Arbeit die öffentliche Hand ihre Aufgaben wahrnimmt und das Ehrenamt unterstützt wird.

***Das wollen wir noch erreichen:***

- Aktionsprogramm gegen Rassismus und Diskriminierung
- Feste Ansprechperson für queere Belange in der Kreisverwaltung schaffen

## **Diversity**

Partizipation und Repräsentation sind Grundpfeiler unserer Demokratie.

Wir wollen, dass sich die vielfältigen Perspektiven der gesamten Gesellschaft in allen Bereichen, wie z. B. in der Verwaltung, abbilden.

Die Repräsentation aller gesellschaftlichen Gruppen, mindestens gemäß ihrem numerischen Anteil, ist unser Ziel.

Wir befürworten und unterstützen daher zivilgesellschaftliche Initiativen und Netzwerke im Kreis, die beispielsweise Diversity-Trainings und Empowerment-Maßnahmen entwickeln, um diesem Ziel näherzukommen.

Die Kommunalverwaltungen haben hierbei eine Vorbildfunktion zu erfüllen.

Repräsentation und Teilhabe von Menschen mit sogenannter Migrationsgeschichte, besonders von Kindern und Jugendlichen, sind uns ein Herzensanliegen.

***Dafür werden wir uns einsetzen:***

- Mehrsprachige Verwaltungsangebote einführen
- Diversity-Schulungen anbieten

## **Integration und Anti-Diskriminierung**

Alle Einwohner:innen des Kreises – unabhängig von Herkunft, Erscheinungsbild, Sprache und Religion – sollen gleiche Bedingungen für die Entfaltung ihrer Persönlichkeit und die Gestaltung ihres Lebens vorfinden.

Wir werden uns auf der Grundlage des vom Kreistag beschlossenen Integrationsleitbildes und -konzepts dafür einsetzen, dass die strukturellen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Kommunen vorhanden sind.

Das Amt für Ausländerwesen wird zu einer tatsächlichen Willkommensbehörde ausgebaut.

Mehr Information für Betroffene sowie die Auslegung der Vorschriften im Interesse eines gemeinsamen Familienlebens und eines sicheren Aufenthalts im Kreis sind ein Schritt dorthin.

Das Büro für Integration engagiert sich weiterhin dafür, dass Diskriminierung zurückgewiesen wird, die Gleichstellung von Minderheiten im Kreis ermöglicht wird und ein friedliches Zusammenleben möglich ist.

## **Kinder und Jugendliche**

Der Kreis Groß-Gerau ist eine Kinderfreundliche Kommune.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht darauf, an Entscheidungsprozessen, die sie betreffen, beteiligt zu werden. Dazu gehören nicht nur Kitas oder Jugendeinrichtungen, sondern auch die Planung des öffentlichen Raums.

Viele Kinder und Jugendliche sind politisch interessiert und engagiert. Es gilt, Strukturen zu schaffen, damit Interessen und Meinungen gehört werden, bevor Entscheidungen getroffen werden.

Die Politik ist angehalten, nicht nur zuzuhören, sondern Kinder und Jugendliche auch verlässlich in Entscheidungsprozesse einzubinden sowie Rückmeldung zu Ergebnissen und Entscheidungen zu geben.

Auf Kreisebene gilt es, weitere Beteiligungsformate zu entwickeln, z. B. durch die Einrichtung eines Jugendrates, Jugendanhörungen oder projektbezogene Beteiligungsformen.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen soll in den Geschäftsordnungen der kommunalen Parlamente verankert werden.

Bestehende Institutionen wie z. B. die Kreisschüler:innenvertretung sollen noch stärker in die sie betreffende politische Arbeit im Kreis eingebunden werden.

***Dafür wollen wir uns einsetzen:***

- Stärkung von Kinder- und Jugendrechten im Kreis Groß-Gerau
- Ausbau von Jugendbeteiligung in politischen Entscheidungsprozessen und kommunalen Strukturen
- Schaffung eines Kinder- und Jugendbeteiligungsfonds zur finanziellen Unterstützung von Projekten und Bildungsarbeit für junge Menschen
- Angebote für Schüler:innen zum Besuch des Kreistags und der Ausschüsse
- Schaffung von Begegnungsformaten mit Politik

## **Frieden und internationale Solidarität**

Die Koalitionspartner:innen stimmen überein, dass wir nur in einer friedlichen Welt und bei internationaler Solidarität gut leben können.

Wir vereinbaren, uns für Abrüstung und Atomwaffenfreiheit einzusetzen.

Wir wenden uns gegen jegliche Militarisierung des Gemeinwesens.

Wir werden das Gespräch mit den Schulen führen, um zu erreichen, dass keine Zusammenarbeit mit der Bundeswehr stattfindet.

Wir setzen uns für die Verwirklichung der Menschenrechte ein und engagieren uns für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung.

Dies schließt die Ablehnung internationaler Wirtschaftsabkommen ein, die Nachteile für armgehaltene Länder mit sich bringen und Arbeitnehmer:innen- sowie Verbraucher:innenrechte gefährden.

Bei der Beschaffung wie auch bei der Auftragsvergabe halten wir die ILO-Normen sowie menschenrechtliche und ökologische Standards ein.

## **Fairtrade-Kreis**

Der Kreis Groß-Gerau engagiert sich weiter für den fairen Handel und unterstützt dabei Kommunen, Vereine und Initiativen.

# Grundregeln unserer Zusammenarbeit

Die Koalitionspartner:innen geben sich das Versprechen, die folgenden Prinzipien einzuhalten. Unsere Maßnahmen und Vorschläge sollen:

- inklusiv und barrierefrei
- kinderfreundlich
- ökologisch
- feministisch

sein.

Entscheidungswege und -abläufe für alle Mitglieder der Koalition werden in einer Geschäftsordnung für alle transparent und nachvollziehbar verankert.

SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke offene Liste bilden einen „Arbeitskreis Politik“ (KOA-AK) aus Fraktion und Partei, der aus Vertreter:innen der SPD, Vertreter:innen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Die Linke offene Liste und den hauptamtlichen und nebenamtlichen Funktionsträger:innen der Koalition besteht.

Koalitionsarbeitskreise zu Bildung, Soziales, Gesundheit, Umwelt- und Regionalpolitik sowie Finanzen führen kontinuierlich die inhaltliche Diskussion zur Umsetzung des Koalitionsvertrages.

Sie wählen mindestens eine:n Sprecher:in und bereiten Anträge sowie politische Initiativen vor. Sie beteiligen zivilgesellschaftliche Organisationen und Fachleute an der Erarbeitung.

Der Arbeitskreis Politik beschäftigt sich regelmäßig mit dem Stand der Beratungen in den anderen Arbeitskreisen.

Der KOA-AK berät die Grundlinien der Koalition, legt ein einheitliches Diskussions- und Abstimmungsverhalten im Kreistag und seinen Ausschüssen fest und vereinbart die gemeinsamen Initiativen sowie die Außendarstellung der Koalition.

Kreistagsanträge werden möglichst von der Koalition als „gemeinsamer Antrag“ eingebracht. Wenn keine Einigkeit über Anträge oder Anfragen erzielt werden kann, werden sie als Anträge der einzelnen Fraktionen eingebracht.

Die Akzentsetzung und Profilierung der Partner:innen als eigenständige Organisationen bleibt weiterhin möglich. Darüber hinaus sind die beteiligten Parteien aufgefordert, die politischen Schwerpunkte im Kreis und seinen Kommunen voranzutreiben.

Ebenso wird ein einheitliches Diskussions- und Abstimmungsverhalten der Vertreter:innen der Koalitionsfraktionen im Kreisausschuss sowie in Gremien der Eigenbetriebe oder in Gesellschaften, an denen der Kreis beteiligt ist, zu vorher vereinbarten Beschlüssen festgelegt.

Dies gilt auch für die Vertreter:innen des Kreises in allen externen Gremien.

Im Falle der Nichteinigung enthalten sich die Koalitionspartner:innen oder vereinbaren ein unterschiedliches und begründetes Abstimmungsverhalten.

Die Koalition stellt sicher, dass die Haushalts- und Wirtschaftspläne für die Jahre 2026 bis 2031 im Kreistag verabschiedet und aktiv unterstützt werden.

Der Koalitionsarbeitskreis wird im Rahmen seiner Haushaltsberatungen Vereinbarungen zu den Produkten und Produktbereichen treffen.

Finanzwirksame Vorhaben werden unter dem Gesichtspunkt der aktuellen Haushaltssituation gewichtet.

Konflikte mit der Kommunalaufsicht des Kreises werden selbstbewusst ausgetragen.

Die Kandidatur für das Amt der Landrätin/des Landrats aus den Reihen der SPD wird von den Koalitionsfraktionen mitgetragen.

Das Vorschlagsrecht für die Besetzung der Stelle der/des Ersten Kreisbeigeordneten liegt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Koalitionsfraktionen stellen die Wahl sicher.

Die Linke offene Liste stellt eine:n nebenamtliche:n Kreisbeigeordnete:n, die:der Aufgaben aus dem Bereich Familie und Jugend zu verantworten hat.

Der Landrat und beide Beigeordneten mit Aufgabenbereichen verabreden und organisieren solidarisch die Zusammenarbeit und die Aufgabenteilung.

Die Koalitionspartner:innen streben bei der Besetzung der Gremien die Mindestquotierung an.

Über relevante politische Fragen und wesentliche Organisationsänderungen wird frühzeitig im KOA-AK beraten und befunden.

Die Koalitionsfraktionen werden das Primat der Politik nicht nur nach innen, sondern auch nach außen vertreten.

Sie organisieren eine eigene Öffentlichkeitsarbeit der Koalition, bei der alle drei Fraktionen ihren Anteil an der Koalitionsarbeit nach außen darstellen.

Sie organisieren sich nach innen effektiv und mit modernen Arbeitstools.

## **Die Vertragspartner:innen**

Sozialdemokratische Partei Deutschlands Unterbezirk Groß-Gerau  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreis Groß-Gerau  
Die Linke offene Liste im Kreis Groß-Gerau